Posener Zeitung.

№ 268. Donnerstag den 16. November. 1848.

Inland.

♎ Posen den 15. November.

Die Handlungen des Ministeriums Manteuffel sind keine Auflehnung mehr, sie sind Wahnsinn, der sich Princip nennt. Als dasselbe die Vertagungsordre erließ, da jubelten wenigstens noch die Preußenvereine und glaubten, ihre goldene Zeit sei gekommen; mit Aufhebung der Bürgerwehr wurde die Entrüstung allgemein; nach der Proklamirung des Belagerungs-Zustands ging der Wehruf der Bevölkerung der Residenz durch's ganze Land und erzeugte eine beispiellose Erbitterung, als Wrangel die Maaßregeln zur Knechtung der Presse verkündete, da trat der erste aktive Widerstand ein und zwar von Seiten der eigentlichen Diener der Verwaltung; die Staats-Anwälte drohten mit Niederlegung ihrer Stellen und die Polizei-Beamten verweigerten die Censur; den Soldaten, die auf Kommando des Obersten Sommerfeld den Präsidenten und die Sekretaire der National-Versammlung aus dem Sitzungs-Saale schleppen mußten, sprachen die thränenden Augen das Zeugniß innerer Empörung, und der General, der so gern den preußischen Windischgrätz spielen und Berlin zur Copie von Wien machen zu wollen scheint, konnte sehen, wie weit er selbst auf seine Getreusten zu zählen im Stande sei. Als hätten die Minister und ihre Genossen von jenem berauschenden Gifte genossen, das durch fröhliche Tanzlust zum Tode führt, und den bereits Sterbenden noch immer glauben macht, es sei zur Freude geschaffen, so scheinen auch sie kaum zu ahnen, daß ihnen fast der Boden unter den Füßen fehlt und ihre Autorität wenig mehr über die Räume desjenigen Gebäudes hinausgeht, in welchem sie, um vor Angriffen sicher zu sein, ihre gemeinschaftliche Wohnung aufgeschlagen haben. Sehr richtig benutzt ein Abgeordneter zur Bezeichnung des Ministeriums das Bild eines Todeskranken, der noch von dem Absterben in die lebhaftesten Bewegungen verfällt und so zur trügerischen Meinung Veranlassung giebt, er sei voller Leben.

Den vollendet sittlichen Charakter der Berliner Erhebung bekundet am Besten die bisherige Art des Widerstandes: gegen eine unglaubliche Minister-Willkür erheben sich zuerst die Abgeordneten des Landes und sie werden unterstützt durch eine in ihren Wirkungen erstaunliche passive Wehr der Residenz; an dem Widerstand nehmen dann Theil die städtischen Vertreter, und als weitere Gewaltstreiche erfolgen, die Magistratur, zuletzt sogar die eigentlichen Untergebenen der Gewalt: diejenigen ausübenden Beamten, welche ihre Mitwirkung zur Ausübung der Schmach der Censur versagen. Die Entrüstung theilt sich dem Lande mit, denn in der That übertrifft das Ministerium Manteuffel das Polignacsche, weil dieses blos dasjenige System auf die Spitze getrieben hatte, welches die französische Reaktion planmäßig durch funfzehn Jahre verfolgte, während bei uns gewagt wird, die Reaktion im Jahre 1848 zu verkünden, sieben Monate nach dem Siege der Demokratie in Europa, sieben Monate nach der preußischen Märzrevolution, in einem Augenblick, wo vor Allem deren Errungenschaften gesichert werden sollen.

Das Ministerium Manteuffel fordert in seiner ersten Proklamation unbegränztes Vertrauen; ein Ministerium, in welchem eine wahre Blüthenlese der Elemente der Reaktion vertreten und dessen Seele ein Mann ist, der im vorigen Jahre der geistige Wortführer des Absolutismus war, ein solches Ministerium appellirt an das Volk durch eine Kammervertagung und erschöpft später alle Mittel, wie sie nur die Despotie bietet; ein Ministerium, das in seiner Hast nach Staatsstreichen zum ersten Mal in der Kammer auftritt, ohne durch eine kontrasignirte Ordre beglaubigt zu sein, das hierbei brüsk genug ist, an den „Regierungs-Rath v. Unruh“ zu schreiben, ohne zu bedenken, daß selbst die vertagte Nationalversammlung einen Präsidenten hat, und diesem die Bezeichnung seiner hohen Würde nach wie vor gebührt.

Und wie ist die Krone berathen? Wie ominös werden die Worte jenes Abgeordneten „das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören.“ Viermal müssen Deputationen der Berliner Stadtverordneten Potsdam, ohne gehört zu werden, verlassen. Deputirten aus Magdeburg, die ihm die volle Gefahr der Sachlage vorstellen, antwortet der König, „er werde nicht wanken noch weichen, sondern fortgehen auf dem betretenen Wege,“ als führe dieser nicht in einen tiefen, verhängnißvollen Abgrund!

Es ist eben nicht schwer vorauszusagen, daß, wie die gegenwärtige Krisis auch verlaufen sollte, aus ihr der Sieg der Freiheit hervorgehen wird. Wir erwarten keine Ausführung der jüngsten Drohungen des Gen. v. Thümen, „daß bei Zusammenrottungen von der Schußwaffe in ihrem vollsten Umfang Gebrauch gemacht werden soll,“ wir erwarten keinen militairischrn Angriff in Berlin, weil alle Welt weiß, was diesmal das Resultat eines solchen Angriffs im Lande sein würde. Auf alle Fälle wird Wrangel nun wahrscheinlich zum Lohne seiner unglücklichen Phrasen mit den Truppen aus Berlin abziehn müssen; diesmal trifft freilich die Schmach eines solchen Rückzugs nur ihn. Lange wird es auch nicht dauern, und die National-Versammlung, auf die zum fünften Mal Jagd gemacht worden ist, wird in ihrem eigentlichen Sitzungs-Lokal Beschlüsse fassen.

Wir haben neulich gesagt, sie möge sich ferner auf das Frankfurter Parlament stützen, und mit diesem Hand in Hand gehen. Es ging dieser Ausspruch aus der vollen Ueberzeugung der Nothwendigkeit eines solchen engen Zusammenhaltens hervor. Heute gilt unsere Mahnung dem Frankfurter Parlament. Jemand, der nicht einen Augenblick aufgehört hat, für dasselbe zu kämpfen, ruft ihm die warnenden Worte zu, daß manche Schritte des Frankfurter Reichstags und viele der Central-Gewalt nicht im Stande sind, das Vertrauen der deutschen Nation fortzuerhalten. Ein aufrichtiger Freund erinnert jetzt, wo es noch Zeit ist, die Versammlung in Frankfurt an ihren hohen Beruf, vor Allem dem deutschen Volke seine Freiheit zu sichern. Selbst eine Frankfurter Versammlung setzt ihre Existenz aufs Spiel, wenn Abgeordnete Ideologen werden, und in der Ideologie vergessen, daß sie ihr Mandat einer Revolution verdanken. Es gemahnen uns die Preußischen Verhältnisse an diese Warnung.

Diesmal also hat sich die Reaktion verrechnet. Sie scheint dies selbst zu merken, denn die im Namen des Ministeriums erlassene Proklamation an die Bürgerwehr mit den einschmeichelnden Worten zeugt von eingetretener Kleinmüthigkeit. Die Reaktion merkt, daß sie besiegt ist; in den Provinzen wird sie sich, weil der ehrenwerthe Theil der Staatsdiener aus Gesinnung, der andere, da die Compromittirung des Kabinets Brandenburg auf der flachen Hand liegt, aus Klugheit ihm jede Unterstützung versagen wird, kaum regen, und gelegenere Zeiten abwarten.

Das Preußische Volk aber wird Angesichts dieser Ereignisse und in Erinnerung an dieselben eifersüchtiger als je über seine Freiheit wachen.

PC Berlin, den 13. November. Das Gerücht, daß der englische und französische Gesandte in Potsdam Schritte für die Zurücknahme der Regierungsmaßregeln gethan hätten, ist falsch; es kann vielmehr versichert werden, daß namentlich Lord Westmoreland sich dem hiesigen Gouvernement entschieden beistimmend geäußert hat. Ebenso falsch sind die beiden Gerüchte: Grabow sei vom König nicht vorgelassen und anderwärts wieder, er habe einen Fußfall beim Könige gethan. Grabow hat gestern eine Audienz beim Könige gehabt, wie es scheint, in der Absicht eine Vermittelung herbeizuführen. Er soll daran erinnert haben, daß er vor dem Zusammentritt der Versammlung bei dem Ministerium Camphausen seine Bedenken gegen die Wahl der Hauptstadt zum Sitz der Versammlung geltend gemacht, daß man ihm damals aber den Schein der Muthlosigkeit entgegengehalten habe, der auf die Regierung fallen müsse, wenn sie vor den Gefahren der Einberufung nach Berlin zurückschrecken wollte. Die Ansicht Grabow's in der vorliegenden Frage weicht bekanntlich von der seiner politischen Freunde ab, indem er das formelle Recht der Krone mindestens für sehr zweifelhaft hält. Der König soll auch an Grabow seinen festen Entschluß erklärt haben, mit allen gesetzlichen Mitteln in der Hauptstadt der Anarchie ein Ende zu machen, zugleich aber auch die Versicherung wiederholt haben, daß er als konstitutioneller König die Freiheiten, welche er dem Volke verheißen, schützen und aufrecht erhalten werde.

Man sagt, daß die Regierung, sobald die Einrichtungen in Brandenburg beendet sind, noch vor dem 27. d. M. die National-Versammlung dorthin, unter dem Präjudiz einberufen wird, daß für die nicht erschienenen Abgeordneten sofort neue Wahlen eintreten. Es scheint jetzt außer Zweifel, daß der erste Anstoß zu dem energischen Auftreten der Regierungsgewalt von Frankfurt ausgegangen ist; das völlige Einverständniß, welches zwischen dem Gesandten der Centralgewalt Bassermann und der hiesigen Regierung bestehen soll, scheint dies zu bestätigen.

So eben erklärt eine Proklamation der National-Versammlung an den Straßenecken den Belagerungszustand für ungesetzlich. — Bei der Verhandlung zwischen den ausgeschiedenen und forttagenden Deputirten wurde gestern Seitens der Ersteren der Vorschlag gemacht, daß man andererseits die Verbindung mit der äußersten Linken abbrechen und dadurch die Versammlung sich auflösen lassen solle; in diesem Falle würde man sich gern vereinigen um bei der Krone die Zurücknahme der Verlegnng nach Brandenburg zu erbitten. — Abnd soll Bassermann in einer Conferenz mit Unruh den Vorschlag gemacht haben, daß man unter Verwahrung der Rechte der Versammlung jetzt eine Einwilligung in die Verlegung aus freiem Entschlusse aussprechen möge. Beide Vorschläge sind zurückgewiesen worden. Die Abgeordneten, welche nur um deswillen nicht ausgeschieden sind, um in der Versammlung der Zurückbleibenden ausschweifenden Anträgen zu begegnen, und zur Mäßigung zu rathen, überzeugen sich täglich mehr, daß ihre Stellung nicht haltbar ist, und daß ihre gute Absicht von der Linken in der Coalition mit ihnen nur ausgebeutet wird, um unter der Maske der Mäßigung den Bruch zwischen Krone und Volksvertretung zu erweitern. — Professor Walter aus Bonn ist heute zurückgekehrt und schließt sich in einem ausführlichen Protest den Ansichten der ausgetretenen Deputirten an. Auf beiden Seiten stehen für die widerstreitenden Meinungen gleich angesehene Autoritäten, gleich gewissenhafte Männer, Beweis genug, daß bei der Zweifelhaftigkeit der Rechtsfrage die friedliche Lösung für unser Vaterland nur in der Vereinigung zu einem festen Vertrauen in die reinen Absichten des Königs zu suchen ist. Auch die ausgeschiedene Minorität steht auf der Warte und beobachtet sorgsam jeden Schritt der Regierung. Sie wird zusammenstehen wie Ein Mann, wenn sie die Regierung in eine Bahn einlenken sieht, die die Freiheiten des Volkes in Wahrheit beeinträchtigen würde. Dem Kampfe des Gesetzes gegen die Anarchie aber sieht sie unbesorgt zu, und wird ihn durch den moralischen Einfluß, der ihr im Lande geblieben ist, zu stützen wissen.

△ Berlin, 13. Nov. So eben nehme ich Nr. 265. Ihrer Zeitung zur Hand, und ersehe mit großer Freude aus dem leitenden Artikel, daß auch dort dieselbe Gesinnung herrscht, wie hier. Für das schwer gekränkte Gemüth unserer Einwohnerschaft ist jede Aeußerung der Sympathie, die aus der Provinz kommt, jetzt eine Genugthuung. Aus unseren bis gestern noch unter freier Presse erschienenen Zeitungen haben Sie schon die Vorgänge bis zum gestrigen Tage erfahren. Berlin ist nicht einen Zoll breit aus den Schranken der Gesetzlichkeit gegangen, auch bis auf die jetzige Stunde nicht (Mittags 1 Uhr), eben so hat die National-Versammlung sich in einer so würdigen Weise gehalten, daß sie durch diese edle, imposante Haltung alle Mißgriffe, die sie sonst gethan, in den Hintergrund der Erinnerung drängt. — Man hat jeden, auch den leisesten Schimmer von Vorwand vermieden, die jetzigen Gewaltmaßregeln sind Schritt vor Schritt eingetreten, zuletzt sogar ohne alle Motivirung, mit einfacher Hinweisung auf die „Ereignisse in Berlin.“ Das sind vielleicht die Märzereignisse, die man damit meint! Es geschieht auch Alles jetzt wieder so, wie im März, nur ist die Stimmung noch düsterer, gepreßter, furchtbarer. Die freie Presse ist seit gestern

aufgehoben, das freie Vereinsrecht ist aufgehoben, die Bürgerwehr ist aufgelöst, der Belagerungszustand für die Hauptstadt ausgesprochen; die Wachtposten sind vom Militair ohne eine Vorzeigung gesetzlicher Bestimmung bezogen, nachdem die Bürgerwehr daraus zum Theil mit brutaler Gewalt verdrängt worden, denn man suchte überall Gelegenheit, um zum bewaffneten Widerstande zu reizen. Von einem Major v. S. wird erzählt, er habe geäußert, daß er förmlich hungere nach einem Kampfe in Berlin, worauf ihm erwidert worden, die Bürgerwehr werde Selbstbeherrschung genug haben, ihn dann verhungern zu lassen. Starke Piquets durchziehen die Straßen, finden sie auch nur kleine Ansammlungen von Menschen, so wird sogleich geladen und der Offizier fordert in barschem Tone die Zerstreuung. Alles ganz wie in der Märzwoche. — Die Maßregeln sind selbst einem großen Theile des Militairs zu arg. Gestern ist ein Theil des Militairs wieder aus der Stadt gezogen, die Leute folgten mit großem Widerwillen, zum Theil blieben sie zurück, ließen sich krank melden und erklärten den Bürgern, bei denen sie einquartirt worden, man habe sie draußen gegen Berlin aufgehetzt, sie sähen jetzt, daß man sich ihrer zu falschen Zwecken bediene und dergleichen. Heute Morgen verweigerte ein Piquet, welches gegen eine Bürgermasse marschiren sollte, den Gehorsam. — Der Belagerungszustand erstreckt sich auf zwei Meilen Umgebung von Berlin; allen bewaffnet ankommenden Fremden werden die Waffen sogleich abgenommen. Es ist dies gestern Abend schon einer aus der Priegnitz kommenden Freischaar von 600 Mann geschehen.

Die Nationalversammlung hat heute Nacht wiederum Sitzung gehalten, sie macht so eben durch Maueranschlag bekannt, der Belagerungszustand sei ungesetzlich und somit von der Einwohnerschaft gar nicht zu berücksichtigen. Die Meklenburgischen Kammern haben der Versammlung ihren Beifall zu erkennen gegeben und die Streitkräfte des Landes zur Disposition gestellt. Dagegen sollen Reichstruppen von Süden an die Preußischen Grenzen rücken. Auch geht wieder das Gerücht von einem Russischen Grenz-Corps von 50,000 Mann.

— Auch der heutige Abend verfloß unter imposant ruhiger Haltung des Volkes, welches den Grundsatz des passiven Widerstandes immer mehr zu seiner Richtschnur zu nehmen scheint.

— Bestimmten Nachrichten zufolge hat der Prinz von Preußen Potsdam nicht verlassen. Man sagt er werde eine Proklamation erlassen, in der er erkläre, der Ernennung des Ministeriums Brandenburg und allen von demselben getroffenen Maßregeln durchaus entgegen zu sein.

— Die Bestimmungen, die das wegen des Belagerungszustandes erlassene Dekret des Generals Wrangel enthält, wurden gestern, obwohl nicht eben durchgreifend, zur Ausführung gebracht. Patrouillen, welche durch die Straßen gingen, forderten die Volkstrupps, die sich versammelt hatten, auf, auseinander zu gehen. Es geschah fast überall sogleich. — Die Plakate, welche sich an den Mauern befanden, wurden durch Militair abgerissen.

— Das Lokal der Schützengilde, welches der Nationalversammlung bisher zum Sitzungssaal gedient hat, ist gestern Nachmittag bald nach dem Schluß der Sitzung ebenfalls vom Militair besetzt worden. Die wenigen zurückgebliebenen Abgeordneten haben das Lokal so lange behauptet, bis ein Angriff gegen sie unternommen wurde.

— Die Deputirten einer Versammlung von etwa 2000 Bürgern Magdeburgs überreichten dem Könige vorgestern früh in Potsdam eine Adresse, als er eben aus der Kirche trat, indem sie bemerkten, daß dieselbe Versicherungen fortwährender Treue enthalte. Se. Majestät nahm die Adresse freundlich an, bemerkte aber, nachdem er sie flüchtig überblickt: Kennen Sie den Inhalt? Er stimmt nicht überein mit dem, was Sie gesagt. Der Deputirte: Es ist der wahrhafte Ausdruck der Gesinnung der Stadt Magdeburg. Se. Majestät fuhr fort: Die Bürger Magdeburgs mögen bedenken, daß sie mir den Eid der Treue geschworen haben und daß ich sie von diesem Eide noch nicht entbunden habe. Der Deputirte: Ew. Majestät, die Stadt ist in sehr großer Aufregung. Se. Majestät schloß die Unterredung mit den Worten: Ich werde nicht wanken noch weichen, sondern fortgehen auf dem betretenen Wege.

— In Potsdam sind erhebliche Unruhen ausgebrochen. Es ist der elektrische Telegraph, der von Berlin nach Potsdam geht, zerstört worden, und das Volk hat die Schienen der Eisenbahn bei Nowawes aufgerissen, so daß drei Züge ausfallen mußten. Mehrere Pulverwagen des Militairs sind angehalten, demolirt und ins Wasser gestürzt, auch mehrere Brodwagen geplündert worden. Der König sah sich veranlaßt, sein Schloß mit Soldaten zu umstellen. Der Bürgerwehr ist es zuletzt gelungen, die Ruhe herzustellen.

— Der „Leuchtthurm", bekanntlich eines der radikalsten Blätter Sachsens, bringt eine Schilderung der politischen Klubs, Vereine und Volksredner in Berlin, aus der wir hier die Charakteristik einiger der bekanntesten Persönlichkeiten mittheilen wollen. Held schildert der „Leuchtthurm" folgendermaßen: Ein großes, fettes, feuerroth-dichtumbartetes Individuum mit einer heroischen Lunge und Beredsamkeit. Scharfsinnig, witzig, mit unverwüstlicher Geistesgegenwart gegen Einwürfe und Grobheiten, diplomatisch fuchsartig, ohne Liebe zum Volke, vom unmündigen Volke geliebt wie Keiner, von seiner Partei verachtet und von seinen Feinden gehaßt und verunglimpft wie Keiner. Selbstmörder seiner großen Zukunft durch Eitelkeit, Egoismus und Socialismus. — Ottensoser, Ladendiener, Kommunist, ein kleiner Mirabeau, von Eitelkeit durchfressen, schwarzhaarig, unvermeidlich, wo es möglich ist, zu reden. — Dr. Löwinson, schlanker Arzt, Personifikation der ewig brennenden Leidenschaftlichkeit der Revolution, kreischende, giftige Stimme, Tag und Nacht auf den Beinen, jedem, den er festzuhalten vermag, eine Rede haltend, sich persönlich opfernd seinem unauslöschlichen Pathos für die Demokratie und gegen die Reaktion. — Karbe, weißhaarig in Haar und Bart, ehemaliger Mädchenlehrer, ehemaliger Konditor, goldenes Kalb der niedrigen Volksklassen, öfter auf den Schultern getragen und zum Reden maltraitirt, mächtig auf das Volk wirkend, weil er mit patriotischen und religiösen Floskeln, dessen Vorurtheile und polizeilich anerzogene Ideen zu erwärmen weiß. — Urban, ein Held des 18. März, verdorbener Thierarzt, verdorbener Pietist, heroisch von Körperbau, lang-schwarzbärtig, bis zu seiner Feigheit dem Gerichte gegenüber (er war des Zeughaus-Sturmes mit angeklagt) Rottenführer einer ganzen Schaar, die sich zwischen Pietismus, Republik und Königsverehrung haltlos umhertrieb. — Müller, Präsident des souverainen Lindenklubs, ehemaliger Berliner Kaufmann, joviales Gesicht mit tornisterblonder Umhaarung, unvergleichlich in seiner heiseren, heiteren, berlinisch volksthümlichen Manier, die Reaktionäre und deren Thun und Treiben für's Zwergfell zu bearbeiten und dem Volke doch Halt beizubringen. — Ludwig Eichler, ebenfalls heiser ob zu vieler spiritualistischer Flüssigkeiten, mit fließendem Gifte und starrer Kaltblütigkeit, stoßend, stechend, Dolche und Keulen redend. Braunhaarig mit rothem Barte, von grau verschimmeltem Ansehen. Er ist einer der eifrigsten und dauerhaftesten Redner in Klubbs und Volksversammlungen.

= Angermünde, den 13. Nov. (Nachmittags). Die Einschließung Berlins wird strenge gehandhabt. Die um 2 Uhr hier auf der Eisenbahn angekommenen Reisenden versichern, daß Keiner in die Stadt gelassen wird. In Bernau wurden die Stettiner, von denen ich Ihnen in meinem letzten Schreiben berichtet habe, von dem dort stationirten Militair an der Weiterreise gehindert. Ein Theil von ihnen befand sich um 2 Uhr bereits auf dem Rückwege. Selbst der Landrath v. Arnim, den von hier aus Geschäfte nach der Hauptstadt führten, mußte in Bernau wieder Kehrt machen. Uebrigens war zur Zeit als die erwähnten Reisenden Berlin verließen, noch kein Kampf ausgebrochen. Die Berliner sollen entschlossen sein, sich auf die Defensive zu beschränken.

(Abends.) Der augenblickliche Zustand Berlins ist nach den Aussagen aller, die vor einer Stunde (um 8 Uhr) hier aus der Stadt selbst eintrafen, für Leben und Eigenthum der Einwohner weniger beunruhigend, als Sie ihn aus meinen letzten Briefen entnehmen durften. Die Stadt ist von Truppen angefüllt; jede Zusammenrottung wird mit gefälltem Bajonett auseinandergesprengt. Das Volk verbleibt bis jetzt noch in seiner passiven Haltung und es ist nicht abzusehen auf welchem Wege die Verlegung der Nationalversammlung und die Entwaffnung der Einwohner vollzogen werden wird.

Halle, den 11. Novbr. Unserm Deputirten Niemeyer, als einem von denen, welche die Nationalversammlung nach dem Befehl des Grafen v. Brandenburg verlassen haben, ist in einer heute stattgehabten Versammlung der Wahlmänner mit 42 Stimmen gegen 6 die Erklärung abgegeben worden, daß die Wahlmänner seinen Schritt mißbilligen, worauf derselbe sein Mandat in deren Hände zurückgab. Ueberhaupt ist die Haltung der Stadt entschieden konstitutionell und der der Nationalversammlung entsprechend. Der konstitutionelle Club hat gestern Abend der Nationalversammlung ein Vertrauensvotum gegeben und die Schritte der Regierung für ungesetzlich erklärt; er hat diese Erklärung dem Magistrat und den Stadtverordneten mitgetheilt, um dieselben zum Anschluß aufzufordern. Wie verlautet, werden die städtischen Behörden eine Eingabe direct an die Krone beschließen.

Frankfurt a. M., den 8. Nov. Noch zu keiner Zeit, wie hiesige Bankiers versichern, war so viel österreichisches Silbergeld an diesem Platze vorhanden, als es gegenwärtig und schon seit einigen Wochen der Fall ist. Das bekannte Geldausfuhrverbot Oesterreichs beweist sich dadurch als vollkommen illusorisch, ja man geht wahrscheinlich nicht zu weit, wenn man geradezu behauptet, das Ausfuhrverbot habe direkt die Vermehrung der Ausfuhr zur Folge gehabt.

Frankfurt, den 8. Nov. Die heutige Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses wurde durch einen Besuch des Erzherzog-Reichsverwesers beehrt, der sich mit Vergnügen an die Versammlung der Landwirthe in Grätz erinnert. Er wurde mit einem dreimaligen Hoch empfangen und nahm seinen Platz unter den Mitgliedern.

Frankfurt, den 9. Novbr. Der Kongreß Deutscher Landwirthe hat heute dahier begonnen. Es haben sich bereits an 100 Abgeordnete der landwirthschaftlichen Vereine des gesammten Deutschen Vaterlandes vom baltischen bis zum adriatischen Meere, von der Weichsel bis zur Mosel eingefunden, darunter viele ausgezeichnete Männer und anerkannte Autoritäten in ihrem Fache. Der Direktor der land- und forstwirthschaftlichen Akademie Hohenheim, Dr. Pabst, eröffnete den Vormittag um 10 Uhr im Saale des Holländischen Hofes die Versammlung mit einer Rede über Veranlassung und Zweck derselben. Der schon auf der letzten Versammlung der Land- und Forstwirthe designirte Graf zu Solms-Laubach ward zum ersten, Direktor Pabst zum zweiten Präsidenten, und die Herrn Oekonomieräthe Renning aus Dresden und Zeller aus Darmstadt zu Sekretairen gewählt.

Frankfurt den 10. Novbr. Die „Frankf. Ober-Post-A.-Ztg." enthält, jedoch in in ihrem nichtamtlichen Theile, eine Reihe von Aktenstücken, welche die Schuld der schweizer Behörden bei Gelegenheit des badischen Aufstandes erweisen sollen. „Sie sind geeignet," sagt das genannte Blatt, „das Verfahren der schweizer Behörden, welches zu den an den eidgenössischen Vorort gerichteten Beschwerden und Forderungen der deutschen Centralgewalt Anlaß gab, zu beleuchten. Dieselben werden das Interesse eines Jeden in Anspruch nehmen, der die Zustände an der schweizerischen Gränze und ihre verderblichen Wirkungen für Deutschland mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt. Uebrigens liegen neben den hier mitgetheilten Aktenstücken noch Belege in umfassender Ausdehnung vor, meistens Thatsachen betreffend, die durch zahlreiche Privat-Zeugnisse — man vergleiche allein die übereinstimmenden Corresponcenzen aus der Schweiz und von der Schweizer-Grenze in den geachtetsten Organen der süddeutschen Tagespresse — schon in ganz Deutschland offenkundig sind. Bei Beurtheilung des Inhaltes nachfolgender amtlicher Zeugnisse, darf auch der wesentliche Umstand nicht außer Acht gelassen werden, daß den Schweizer-Behörden weit umfassendere Mittel zu der Herstellung dieses und weiteren, dem Schweizergebiete hauptsächlich angehörenden Thatbestandes zu Gebote stehen, als den deutschen Grenzbeamten; daß es diesen Behörden ein leichtes hätte sein müssen, das Geschehene größtentheils zu verhindern, daß ferner die hier

berührten Thatsachen nur einen Theil einer Reihe schon früher begonnener und fortgesetzter Vexationen und Verbrechen bilden, deren Schauplatz diese Grenze war, und welche die deutschen Behörden es sich stets auf das Eifrigste angelegen sein ließen, trotz aller Hoffnungslosigkeit des Erfolges in Erfüllung ihrer Amtspflicht, zur Kunde der bezüglichen Schweizer-Behörden zu bringen. Ein Aktenstück, ein einziges, liegt vor, wonach die Regierung eines Cantons endlich nach langen Versäumnissen ihrer Behörden dieselben anerkannt, gerügt und Abhülfe angeordnet hat. Wie weit letztere wirklich eintrat, ist noch nicht bekannt."

— Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Ihren Lesern vielleicht interessante Nachricht mittheilen, daß sich in diesem Augenblicke ein Entwurf Hansemann's über die Form der künftigen Reichsgewalt unter der Presse befindet, welcher zwar an der neulich von Vincke angriffsweise berührten „Dreieinheit" festhält, aber eine Menge äußerst praktischer, echt staatsmännischer Winke enthält.

— Ueber den Empfang Hecker's in Neuyork wird der O.-P.A.-Z. von einem in Frankfurt lebenden Amerikaner (Herr Donelson?) mitgetheilt: Aus allen Mittheilungen von Neuyork und aus den in englischer Sprache gedruckten Zeitungen geht deutlich hervor, daß die Amerikaner mit jenem Empfang nichts zu thun gehabt, sondern daß die Betheiligten, mit Ausnahme Einiger nur aus Deutschen bestanden, die noch nicht das Bürgerrecht erworben haben, und daß von den Vereinen nur die Deutschen socialistischen daran Theil genommen haben. Aus deren Mitte hatte sich ein Comité gebildet, welches es verstanden hat, alle Umstände zu benutzen, um dem Empfang den Anschein eines offiziellen zu geben. — Die städtische Behörde in Neuyork besteht aus drei von einander unabhängigen Zweigen, deren gemeinschaftliche Mitwirkung jedoch stets erforderlich ist, nämlich den Mayor als Exekutiv- und zwei Kammern als Administrativ- und Legislativbehörden. Einem officiellen Empfang Hecker's von Seiten der Stadt hätte nothwendigerweise ein in öffentlichen Sitzungen auf Tagesordnung gebrachter Vorschlag und dessen Annahme vorangehen, und es hätten denselben die gedruckten Verhandlungen beider Kammern enthalten müssen. Aber weder das eine noch das andere ist geschehen, mehr noch, die Ankunft des Herrn Hecker ist in keiner der vorgedachten Zeitungen erwähnt. Die Aufklärung, welche die Neuyorker über diesen Punkt geben, ist folgende: Unter den Aeltermännern, welche die ständische Kammer bilden, befindet sich ein Deutscher Nachkömmling, Herr Crolius. Dieser hatte das Comité eingeladen, ihn an Bord des Schiffes zu begleiten, um Herrn Hecker abzuholen, wobei jener als Privatmann Crolius, nicht aber als Aeltermann Crolius, einige Worte an Herrn Hecker richtete. In Neuyork besteht der Gebrauch, daß der Mayor täglich in seinem Geschäftslokal im Rathhause Jedermann empfangen muß. Das Comité benutzte diesen Umstand und zog das Abholen des Herrn Hecker so sehr hinaus, nach der festgesetzten Zeit, daß, als er aufs Rathhaus gelangte, der Mayor ihn wohl oder übel empfangen mußte. Herr Hecker wurde ihm natürlich vorgestellt, und der Major, Sohn eines Deutschen, bewillkommnete ihn als solchen und bot ihm die „Höflichkeiten der Stadt" an, d. h. ihn die öffentlichen Anstalten der Stadt sehen zu lassen. Die Anrede des Mayors berührt in keiner Weise die politische Lage Deutschlands, besteht nur aus allgemeinen Phrasen und hat nicht den mindesten politischen und officiellen Charakter. — Vom Rathhaus wurde Hecker durch das Comite nach der für ihn gemietheten Wohnung im „Shakespeare Hotel", ein Gasthaus dritten oder vierten Ranges geleitet, was an sich schon der Behauptung, als sei Hecker als Gast der Stadt empfangen worden, widerspricht; denn die Stadt bewirthet ihre Gäste nur in Hotels ersten Ranges, und würde das vorerwähnte Verfahren nur eine Geringschätzung des Herrn Hecker bewiesen haben, wäre es wahr gewesen, daß er als Gast empfangen worden. Der Berichterstatter will nun aber gar, daß man Herrn Hecker mit Kanonendonner und Glockengeläute begrüßt habe. Es mag wohl seyn, daß irgend ein Deutscher, der zum Empfang desselben sich begeben, einen Böller abgeschossen hat, die Kanonen der Ver. St. oder des Staates Newyork sind nicht zu solchem Zweck geladen worden. Es existiren in solcher Beziehung zu bestimmte Vorschriften, und keinesfalls stand es in der Macht der Behörden, selbst wenn sie es gewollt hätten (was aber nicht der Fall war), zu Gunsten des Hrn. Hecker eine Ausnahme von der vorgeschriebenen Regel eintreten zu lassen, eben so wenig wie beim Glockenläuten, welches bei solcher Veranlassung niemals geschieht, sondern nur bei kirchlichen Feierlichkeiten und bei ausgebrochenen Feuersbrünsten als Signal erlaubt ist. Weder die Militia noch das Militair steht unter der städtischen Behörde; der Mayor konnte deshalb keine Revue zu Ehren dieses oder jenes veranstalten, im Monat Oktober ist aber die gewöhnliche Exercierzeit der Militia, und wahrscheinlich hat Herr Hecker diesen Uebungen zugesehen; darauf beschränkt sich die angebliche Revue. — In den Vereinigten Staaten existirt nur ein Bürgerrecht, das der Union, zu dessen Erlangung ein fünfjähriger unbescholtener Aufenthalt im Lande erforderlich ist. Ausnahmen vom Gesetze kennt man in Amerika nicht, und die Behauptung, daß Hrn. Hecker das Ehrenbürgerrecht der Stadt ertheilt worden sei, zerfällt dadurch in sich, daß, was nicht besteht, auch nicht ertheilt werden kann. Dann wird besonders hervorgehoben, daß die Behörde Herrn Hecker zum Empfang seiner Freunde im Rathhaus einen eigenen Saal eingeräumt habe, eine Auszeichnung, wie der Bericht sagt, die außer ihm nur Washington und Jefferson zu Theil geworden wäre. Es ist für diese Behauptung nur schlimm, daß das Rathhaus und der Saal der Gouverneure erst viele Jahre nach dem Tode jener Staatsmänner erbaut worden ist, und dieselben höchstens nur im Geist die Ehre mit Herrn Hecker haben theilen können. Die Sachlage ist übrigens einfach die: im Rathhause zu Neuyork befindet sich ein Saal, Gouverneurssaal genannt, worin die Bildnisse aller Gouverneure des Staats Neuyork sich befinden. Dieser Saal wird nur zu Versammlungen benutzt und Jedem eingeräumt, der darum nachsucht. Ist dieses bei Herrn Hecker geschehen, so theilt er die erwähnte Auszeichnung nicht mit den beiden verstorbenen Staatsmännern, sondern mit Tausenden; denn der Saal ist und wird beinahe von allen politischen Führern benutzt. — Diese Thatsachen mögen genügen, um zu beweisen, welchen Werth und welche Glaubwürdigkeit den vorerwähnten Berichten beizumessen ist, und ob es nicht scheint, man habe darauf gerechnet, daß man in Deutschland, unbekannt mit der wahren Sachlage, glauben würde, Hecker sei, wie früher Lafayette, als Gast der Amerikanischen Nation empfangen worden. Die Amerikaner nahmen aber, wie gesagt, nicht den geringsten Antheil an seinem Empfange und von den Deutschen nur solche, die theils noch nicht das Amerikanische Bürgerrecht erworben haben, also noch keine Amerikaner sind, theils solche, denen das Bestehen von gesetzmäßiger Freiheit ein Gräuel ist, und die gern ihren socialen Grundsätzen überall Geltung verschaffen möchten. Das Ganze ist ein Strohfeuer, welches eben so schnell verschwindet, als es entstanden ist, und Hecker wird bald dieselbe Erfahrung machen, die schon so Viele vor ihm gemacht haben, „daß Amerika kein Land für Wühler ist." Ein Amerikaner.

Mannheim, den 3. Nov. Gestern ist Karl Hoff von hier von der wegen No. 21. des „Deutschen Zuschauers" gegen ihn gerichteten Hochverraths-Anklage von dem großherz. Hofgerichte freigesprochen worden. (Mannh. Abendz.)

Wien, den 10. Nov. Der Abmarsch der Kaiserl. Truppen aus Mähren, Steiermark und Oesterreich an die Grenzen Ungarns, dauert ununterbrochen fort. Unterdessen sind alle Communicationen längs der Ungarischen Grenze fortwährend unterbrochen und an der Leitha steht der General Moga mit höchstens 12,000 Mann. Aus Siebenbürgen ging heute die Nachricht ein, daß der F.-M.-L. Buchner alle Kaiserl. Truppen unter seinen Befehlen vereinigt, und daß sich die Deutsche und Walachische Bevölkerung ganz unter seinen Befehl gestellt hat. Weniger günstig lauten die neusten Berichte aus dem Banate und aus Semlin. Es fehlte dort an Munition, weshalb die Kaiserl. Truppen noch keine offensiven Bewegungen machen konnten. In Slavonien hat sich Essegg für die Magyaren erklärt und dies ist, da auch der F.-M.-L. Blagoevich in Peterwardein eine zweideutige Rolle spielt, ebenfalls nachtheilig. Allein die Rückwirkung, welche der Fall der Kaiserstadt in allen Provinzen ausübt, kann auch dort nicht ausbleiben. Schon kommen aus den nächsten Ungarischen Grenzstädten täglich Offiziere hierher, die sich nun dem Kriegsministerium unterwerfen.

— Auf unserer Post liegen nicht weniger als 800,000 Briefe, welche während der Sperre nicht abgeliefert wurden.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 11. Nov. National-Versammlung. Sitzung vom 10. Nov. Anfang 1 Uhr. Präsident Marrast. Die Bänke sind so leer, daß Marrast zum Namensaufruf schreiten läßt. Etwa 200 Deputirte sind wegen der bevorstehenden Präsidentenwahl in die Departements geeilt. Nach Verlesung der Namen wird die Versammlung beschlußfähig (554). St. Brieuc und Montauban (zwei Städte) und die Departements Finistère, Seine, Tarn und Garonne erhalten die Genehmigung, sich außerordentlich zu besteuern, um ihr Proletariat zu beschäftigen. Die Versammlung will die Budget-Debatte wieder aufnehmen. Lignier, Berichterstatter des Ausschusses für Departements- und Gemeindeverhältnisse, ersucht die Versammlung, doch erst die dringenden Kreditforderungen für jene Verhältnisse im Betrage von 146 Millionen Franken zu erledigen. Die Kredite seien von den General-Conseils und Stadtbehörden längst geprüft. Die Summe von 146 Millionen wird genehmigt, und die Versammlung kehrt zum Budget zurück. (Kapitel: Ministerium des öffentlichen Unterrichts.) Den Kredit von 353,000 Franks für die Unterhaltungskosten der Universität will der Finanzausschuß um 18,000 Franken vermindern. Payrs bekämpft einen so bedeutenden Abzug: Das Ersparungssystem des Ausschusses rücksichtlich des Ministerialbudgets für den öffentlichen Unterricht fand lebhaften Widerspruch. So wurde z. B. vorgeschlagen, von den Lehrergehalten der eben ins Leben gerufenen Normalschulen die Summe von 30,000 Fr. abzuziehen. Fresion, Unterrichtsminister, bemerkt mit Bedauern, daß sich die Versammlung in 2 Lager spalte, in ein universitätsfreundliches und in ein universitätsfeindliches. Der Abzug wird verworfen. Die Debatte über neue Anträge auf Gehaltsabzüge der akademischen Lehrergehalte ruft einen Professor aus dem südlichen Frankreich, Gatien Arnaud, auf die Rednerbühne. Derselbe beginnt die Vorlesung eines voluminösen Manuskripts. Die Versammlung verliert indessen die Geduld und verschiebt die zweite Hälfte dieses Vortrags auf morgen. Die Sitzung wird um ¼ vor 6 Uhr aufgehoben.

— Der Finanzminister empfängt täglich von seinen Agenten Briefe, worin ihm angezeigt wird, daß, in Folge der überall auf dem Lande in L. Napoleons Namen abgegebenen Zusicherungen von Steuerfreiheit, kein Steuereinnehmer auf seinem Posten werde bleiben können, falls der Neffe des Kaisers gewählt werde. Schon bedrohe man vieler Orten die Beamten der indirecten Steuern, weil es überall heißt, der neue Präsident werde sofort die droits réunis aufheben, welche etwa ein Fünftel des Staatseinkommens bilden. Den Agenten L. Napoleon's sollen schon über 25,000 Stellengesuche von ehemaligen Kriegern und Angestellten des Kaiserreichs zugegangen sein. — Der „Constitutionell" erklärte gestern, daß die gemäßigte Partei sich der Abstimmung bei der Präsidentenwahl enthalten werde; dasselbe versichert Proudhon's Journal im Namen der Demokraten und die „Gazette de France" protestirt gegen die Betheiligung der Legitimisten bei der Wahl.

Spanien.

Madrid, den 5. Nov. Hiesige Blätter behaupten, daß der General Zarco del Vallo, der sich nach Petersburg begeben hatte, um als diesseitiger Gesandter am dortigen Hofe aufzutreten, seinen Zweck nicht erreichen konnte, und, ohne empfangen worden zu sein, sich zur Rückreise anschickte.

Unsere Regierung hat erfahren, daß unser Gesandter in China, D. Sinigalgo de Mas, in Canton auf Schwierigkeiten stieß, und der dortige kaiserliche Kommissär sich weigerte, ihm den herkömmlichen ersten Besuch zu machen. Wir

hoffen, daß unser Befehshaber der philippinischen Inseln den Auftrag erhalten werde, die Ehre unserer Nation gegen die niederträchtigen Beleidigungen der hinterlistigen und weibischen Chinesen sicher zu stellen. (Españ.)

Großbritannien und Irland.

London, den 7. November. Lord Palmerston hat dieser Tage mit dem hier anwesenden Präsidenten von Liberia einen Friedens- und Bündniß-Vertrag abgeschlossen, durch welchen sich beide Staaten die den meistbegünstigten Nationen bewilligten Bedingungen zugestehen. Die Sendung des Präsidenten nach Europa bezweckte den Abschluß von Bündnissen mit Großbritannien und Frankreich, so wie die Anerkennung der Unabhängigkeit der neuen Afrikanischen Republik Liberia.

— In Londoner Blättern wird auf die immer mehr zunehmenden Theeverfälschungen hingewiesen, indem man alten oder schon gebrauchten Thee durch künstliche Färbung mit meistens der Gesundheit schädlichen Stoffen als frischen Thee in den Handel einschmuggelt. Schon viele Personen sind am Genusse dieses gefärbten Thee's erkrankt.

— Es liegt im Plane, den Südsee-Wallfischfang wieder zu fördern, und die dafür sich bildende Gesellschaft hat im Plane, von den Auckland-Inseln aus den Wallfischfang zu betreiben. Schon Capitän Roß hatte sich zur Zeit dafür ausgesprochen, daß im ganzen Südmeere sich kein Punkt befinde, der als feste Fischfangstation sich besser eigene, als diese Insel; viele Gründe sprechen dafür. Zunächst verspricht doch die hohe Südbreitegegend einen sehr reichen Fang. Das Klima ist gesund und nicht zu warm, während Vandiemensland oder Neuseeland zu warm sein würden.

Dänemark.

Kopenhagen, den 7. November. In der Versammlung des Reichstages am 6. wurde bei verschlossenen Thüren der Bericht über die die Schleswigsche Angelegenheit betreffenden Verhandlungen fortgesetzt. Graf Knuth, der Minister des Auswärtigen, gab Erläuterungen über die Beziehungen Dänemarks mit dem Auslande seit dem 26. September, und der Sekretair des Reichstags, Assessor Ussing, verlas die betreffenden Dokumente. Sodann verlas der See-Minister, in Beantwortung mehrerer Interpellationen, einen Vortrag über das im letzten Seekriege befolgte System. Da im Lauf der Diskussion der Wunsch nach einer ähnlichen Darstellung des Landkrieges ausgesprochen wurde, so erklärte der Kriegsminister Tscherning sich dazu bereit. Auch der Finanzminister versprach eine vollständige Darlegung über die Finanzlage. Am 7. kam Krieger's Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses über die Frage, ob die Verfassungs-Debatte sofort vorzunehmen oder auszusetzen sei, zur Verhandlung. Auf die unerwartete Erklärung des Ministers ohne Portefeuille, Orla Lehmann, daß die Regierung der Versammlung ganz die Entscheidung der Frage anheimgebe und die Bestimmung über die Ausdehnung ihrer Wirksamkeit überlasse, wurde nach langer Debatte und mit namentlicher Abstimmung mit 100 gegen 47 Stimmen entschieden, die Frage nicht erst an die Bureaux zur Prüfung gehen zu lassen und sofort an die Diskussion des Constitutions-Entwurfes zu gehen.

Schweiz.

Bern den 8. November. Man war im Publikum auf das Ergebniß der gestrigen Sitzung des Nationalraths sehr gespannt. Es handelt sich um die Wahl des Präsidenten der Versammlung. Ochsenbein erhielt von 92 Stimmen 50, Neuhaus 42. Vicepräsident wurde Dr. Escher von Zürich. Eine Erklärung des Bezirks Urseren im Canton Uri, daß er sich ohne allen Vorbehalt mit Freude der neuen Bundes-Verfassung anschließe und gegen alle Folgen protestire, welche die Verwahrung der Urner Landsgemeinde haben könnte, wurde freudig begrüßt. Nach einem Antrage der Siebener-Commission wurde den Mitgliedern, deren Wahl beanstandet worden, bis zum definitiven Entscheid Sitz und Stimme in der Versammlung gegeben.

Italien.

Mailand, den 1. Nov. Die „Gazz. di Milano" enthält einen ausführlichen Bericht über Unruhen und Aufwiegelungen, die von den lombardischen Ausgewanderten und anderen Abenteurern in verschiedenen Städten der Lombardei angestiftet wurden. Mazzini stellte sich neuerdings an die Spitze dieser Rebellen, die, wie es scheint, nur auf Zerstörung und Plünderung ausgingen, und deswegen allenthalben mit Schrecken empfangen wurden. Die wohlgesinnten Einwohner der Städte und Dörfer ergriffen die Flucht vor diesen wüthenden Rotten. In Chiavenna wurde sogar die Republik proklamirt. Am 28. Oktober versammelten sich zu Colico 10 Compagnieen Kaiserlicher Truppen mit einer halben Raketen-Batterie, die am selben Morgen die Rebellen angriffen und in die Flucht schlugen. Bei einbrechender Nacht kampirten die Truppen bei Verceja, wo sie einige Hausdurchsuchungen vornahmen und viele Kisten mit Kriegs-Munition dort vorfanden. In einem Hause wurde 1½ Centner Schießpulver entdeckt, das in dem Kampfe gegen die Rebellen sich entzündete, wodurch auch einige andere Häuser ein Raub der Flammen wurden. Am 29. Oktober rückten die Kaiserl. Truppen, an deren Spitze sich der Feldmarschall-Lieutenant Baron Haynau befand, nachdem er kurz zuvor in Novate eine Deputation jener Stadt empfangen hatte, die ihr Bedauern über die vorgefallenen Ereignisse ausdrückte und alle Einwohner seiner Huld und Gnade empfahl, ohne irgend einen Widerstand zu finden, in Chiavenna ein.

Lugano, den 4. Nov. (N. Z. Z.) Auf die Forderung der eidgenössischen Repräsentanten hat der Staatsrath beschlossen, die an den jüngsten Aufständen an der lombardischen Gränze betheiligten italienischen Flüchtlinge fortzuweisen; dagegen wurde der weiteren Forderung der Repräsentanten, daß alle Flüchtlinge aus dem Kanton entfernt werden, noch nicht entsprochen. So viel man hört, haben die Repräsentanten der Regierung einen Termin angesetzt, nach dessen Ablauf sie weitere Truppen in den Kanton Tessin einrücken lassen und der letzten Forderung Vollziehung geben werden. Mazzini, welcher als das Haupt aller dieser Bewegungen angesehen werden muß, wurde von der Regierung weggewiesen. Von Seiten des an der Gränze kommandirenden Generals Wohlgemuth ist mit Rücksicht auf die jüngsten Einfälle der Flüchtlinge ein Schreiben an die Repräsentanten eingetroffen, in welchem die Entfernung der Flüchtlinge verlangt und bedeutet wird, daß man, im Falle nicht entsprochen würde, österreichischerseits genöthigt wäre, die früheren Maßregeln wieder eintreten zu lassen.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Berliner Börse.

Den 13. November 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld
Staats-Schuldscheine	3½	74¼	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	91¾	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	82	—
Grossh. Posener »	4	95¼	—
» »	3½	78	—
Ostpreussische »	3½	—	87¼
Pommersche »	3½	90¼	89¾
Kur- u. Neumärk. »	3½	89¼	88¾
Schlesische »	3½	89¾	—
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	85	—
Friedrichsd'or	—	14¼	13¾
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	—	12⅞
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	77½	—
» Prioritäts-	4	83¼	—
Berlin-Hamburger	4	60½	59½
» Prioritäts-	4½	89	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	51½	—
» » Prior. A. B.	4	78	—
» » »	5	87	—
Berlin-Stettiner	4	84½	—
Cöln-Mindener	3½	—	73½
» Prioritäts-	4½	89¾	—
Magdeburg-Halberstädter	4	104½	—
Niederschles.-Märkische	3½	67½	—
» Prioritäts-	4	81¾	—
» »	5	91½	93¾
» » III. Serie	5	88½	88
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	87½	—
» » B.	3½	87½	—
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	49	—
Stargard-Posener	4	—	—

(Mit einer Beilage.)

Inland.

Bekanntmachung.

Obgleich Se. Majestät der König, dem Rechte der Krone gemäß, mittelst Allerhöchster Botschaft vom 8ten d. M. die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg und deren Vertagung bis zum 27sten d. M. angeordnet hat, so fährt doch ein Theil der Abgeordneten zu dieser Versammlung noch fort — statt sich der Anordnung zu fügen und zur festgesetzten Zeit in Brandenburg, fern von dem Einflusse gesetzwidriger Einwirkungen, die dem Volke und der Regierung gestellte Aufgabe in würdiger Weise lösen zu helfen — hier Sitzungen zu halten und Beschlüsse zu fassen, welche die beklagenswerthesten Folgen herbeiführen und den Frieden gewaltsam stören müssen, aus welchem allein nur die allseitige Wohlfahrt hervorgehen kann. Dieses gesetzwidrige Verfahren erscheint um so weniger gerechtfertigt, je maaßloser und unbegründeter die Vorwürfe sind, mit welchen die Mitglieder des Staats-Ministeriums belastet werden. Beseelt von dem reinsten Streben, die in der heutigen Proklamation Sr. Majestät des Königs wiederholt ausgesprochenen Verheißungen auf das Gewissenhafteste zur Erfüllung zu bringen und die Wohlfahrt des Volkes auf dem Grunde einer wahren Freiheit herbeizuführen, muß das Staats-Ministerium jeden verläumderischen Angriff auf sein Pflichtgefühl und seine Absichten entschieden zurückweisen. Das Staats-Ministerium sieht sich durch das Verfahren der erwähnten Abgeordneten veranlaßt, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß Verhandlungen und Beschlüsse, welche von Seiten jenes Theils der Versammlung, seit ihrer Vertagung, ausgegangen sind oder etwa noch ausgehen möchten, aller und jeder Gültigkeit entbehren, daher auch von der Regierung Sr. Majestät des Königs in keiner Weise anerkannt werden können. — Das Publikum wird deshalb in seinem eigenen Interesse wohlmeinend gewarnt, sich durch das ungesetzliche Verfahren der hier noch versammelten Abgeordneten nicht zu Handlungen verleiten zu lassen, wodurch die öffentliche Ordnung irgendwie gestört wird, und welche in keinem Fall ungeahndet bleiben würden.

Berlin, den 11. November 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha. v. Manteuffel.

CC Berlin, den 14. Nov. Nachstehende Denkschrift ist der Staatsanwaltschaft von der Nationalversammlung übergeben: „Der Graf Brandenburg von Sr. Majestät dem Könige mit Bildung eines Ministerii beauftragt, hat sich trotz des fast einmüthig ausgesprochenen Mißtrauens der Nationalversammlung diesem Auftrag zu unterziehen gewagt. Am 9. Nov. erschien derselbe in der Nationalversammlung, begleitet von den Herrn v. Ladenberg, v. Strotha, v. Manteuffel, den Mitgliedern dieses neuen Ministerii, dessen erster Schritt eine schwere Verfassungsverletzung war. Eine von dem Grafen v. Brandenburg contrasignirte Cabinetsordre vom 8. Nov. sprach die Vertagung der Nationalversammlung aus und verlegte deren Sitz nach Brandenburg. Die Nationalversammlung, deren Aufgabe es ist, in Gemeinschaft mit der Krone die Verfassung festzustellen, hat vom Volke ein Mandat erhalten, gegen welches keiner Gewalt ein Einschreiten gestattet ist, da es zugleich gelähmt, gehindert, zu nichte gemacht würde, wenn es in der Befugniß der Regierung läge, dasselbe, sei es auch nur zeitweise, aufzuheben oder gegen den Willen der Vertreter des Volkes, letztere von dem Orte ihrer Versammlung entfernen zu wollen. Nicht zufrieden mit dieser, die Verfassung verletzenden Erklärung hat das Ministerium dieselbe in einer langen Reihe fernerer Gewaltstreiche fortgeführt.

1) Es erkühnte sich der Graf Brandenburg im Namen des Ministerii, die Versammlung der Volksvertreter, als auf sein unberechtigtes Verlangen, die Sitzung zu schließen, von dem Präsidenten nicht eingegangen wurde, für eine ungesetzliche zu erklären, ja

2) in dem an den Regierungs-Rath v. Unruh adressirten Schreiben vom 9. November auszusprechen, daß er keine Nationalversammlung und keinen Präsidenten der Nationalversammlung mehr kenne.

3) Auch auf thatsächliche Weise wurden die Eingriffe fortgesetzt, indem die Büreaubeamten und die Geldmittel der Versammlung durch Verfügung des Ministers Manteuffel entzogen wurden.

4) Dann erging am 10. Nov. ein Erlaß des Ministerii an den Commandeur der Bürgerwehr, Rimpler, worin die Bürgerwehr aufgefordert wurde, den Mitgliedern der Nationalversammlung den Eintritt in den Sitzungssaal derselben zu verwehren. Es wurde eine Frist bestimmt, nach deren Ablauf angenommen werden sollte, daß die Bürgerwehr dem Beschlusse nicht Folge leisten werde und die Heranziehung des Militairs auf den Grund eines Erlasses des Ministers Eichmann in Aussicht gestellt.

5) Eine Proklamation der Polizei-Präsidenten drohte das Einschreiten des Militairs an. Der General Wrangel sprach seine Absicht aus, auf dem Platze des Schauspielhauses mit den daselbst aufgestellten Truppen liegen zu bleiben und einen Zwang gegen die Vertreter der Nation auszuüben, indem denselben der Eintritt in ihr Lokal verwehrt werden sollte.

6) Bei diesem Drohen der ungesetzlichen Gewalt verließ die Versammlung den Ort ihrer Berathungen, um sich am anderen Morgen zur gewöhnlichen Stunde der Sitzung wieder dorthin zu begeben. Daran wurde sie jedoch behindert, weil das Lokal verschlossen und, wie aus dem Innern desselben mitgetheilt wurde, militairisch besetzt war. Die National-Versammlung protestirte durch das Organ ihres Präsidenten laut gegen diese Gewalt und begab sich zu einem Privathause, woselbst sie ihre Sitzung abhielt und damit in einem anderen Lokale fortfuhr. Das frühere Lokal der National-Versammlung und die Büreaus derselben sind fortwährend militairisch besetzt und die Archive der Versammlung dabei ohne alle Aufsicht gelassen.

7) Die von den ernannten Ministern contrasignirte Königl. Verordnung vom 11. Nov. bezeichnet die von der Nationalversammlung fast mit Einstimmigkeit gefaßten Beschlüsse, als von einem Theile der Nationalversammlung ausgegangen und als ungesetzlichen Widerstand; sie ruft das Land auf, sich gegen die Beschlüsse seiner Vertreter zu richten.

8) Als Fortsetzung der Gewaltmaßregeln erscheint die gleichzeitig verfügte Auflösung der Berliner Bürgerwehr lediglich auf den Grund gestützt, daß dieselbe, ihrer Pflicht getreu, die Nationalversammlung auseinander zu treiben, geweigert hatte, deren Schutz ihr oblag. Denn nach §. 1. des Bürgerwehr-Gesetzes hat die Bürger-Wehr die Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Die Berufung auf den §. 3. des Bürgerwehr-Gesetzes kann eine solche Maßregel unter den obwaltenden Umständen nicht rechtfertigen, vielmehr nur die Größe des Vergehens noch klarer ins Licht stellen.

9) Während die Bevölkerung von Berlin zwar mit tiefster Entrüstung, aber mit entschlossener und ruhiger Haltung den vielfachen Gewaltstreichen zusah, ruhig blieb, als unerwartet die Truppen in großer Zahl wieder in die Stadt gerückt waren: da geschah eine entschiedene Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerwehr dadurch, daß die Truppen sich gegen den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt der Wachtposten bemächtigten, welche jene vorher besetzt gehalten hatten.

Nach §. 68. des Bürgerwehr-Gesetzes ist es ein Recht der Bürgerwehr, die Wachtposten einzunehmen, wenn sie solches für gut findet. Der Berliner Bürgerwehr war dieß Recht schon vor Erlassung des Gesetzes zugesichert.

10) Die vollkommenste Ruhe und Ordnung blieb in der Stadt aufrecht erhalten und kein Exzeß, keine Spaltung mit dem Militair trat ein. Dennoch erklärte das Ministerium den Belagerungszustand der Hauptstadt, beauftragte den General Wrangel mit der Ausführung desselben. Dieser General hat demzufolge eine Proklamation verkündigen lassen, welche als Folge des Belagerungszustandes die freie Presse und das Associationsrecht, diese Grundsäulen der Freiheit, diese durch die Verordnung vom 6. April c. als verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte vernichtet. Nur auf gesetzlichem Wege, nur in Uebereinstimmung mit den versammelten Volksvertretern hätte möglicherweise eine solche Ausnahme-Bestimmung getroffen werden können. Die Nationalversammlung hat deshalb auch die ganze Maßregel des Belagerungszustandes für eine ungesetzliche erklärt. Diese Maßregel ist die Krone des Attentats, welches gegen die Vertreter des Volkes, gegen die blutig errungene Freiheit, gegen Recht und Gesetz das Ministerium Brandenburg sich erlaubt.

Die Verfassung ist schwer verletzt, die Existenz der Volksvertreter gewaltsam bedroht, der Volksvertreter, deren ungestörte Wirksamkeit einen Bestandtheil der jetzigen Verfassung des Landes bildet. Die Reihenfolge dieser Attentate fällt daher schon nach den bestehenden Gesetzen unter den Begriff des Hochverraths, welchen §. 92. Theil II. Tit. 20. Allgemeines Landrecht dahin feststellt:

„Ein Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung abzielt, ist Hochverrath.“

Berlin, den 13. Novbr. 1848. Die National-Versammlung.

Diese Denkschrift ist dem Staatsanwalt Sethe hierselbst mit folgendem Schreiben zugestellt:

„Dem Herrn Staatsanwalt wird hieneben eine von der Nationalversammlung durch Beschluß angenommene Denkschrift, die hochverrätherischen Attentate des Ministerii Brandenburg betreffend, zugestellt, auf daß er seine Pflicht thue.“

So beschlossen in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung.

Berlin, den 13. November 1848. Die National-Versammlung.

Der Präsident, v. Unruh.

— Gestern haben in einem hiesigen öffentlichen Waffendepot 70 Wiener Barrikadenhelden sich Waffen erzwungen.

Berlin, den 15. Nov. Den unsichern Nachrichten über die Königliche Familie in Potsdam zu begegnen, können wir jetzt mit Bestimmtheit melden, daß der König und die Königin, so wie sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen, sich in Potsdam befinden, und im Schlosse in der Stadt wohnen. Die Sommerschlösser sind sämmtlich verlassen.

— Der verlängerte Termin, der für die Ablieferung der Gewehre der Bürgerwehr bis heute Nachmittag 5 Uhr gesetzt war, scheint gleichfalls wenig Erfolg gehabt zu haben; mindestens vernimmt man nichts davon, daß die Bürgerwehr jener Aufforderung eifriger nachgekommen wäre.

— Die Gewehre sollen nun nach einer der Stadtverordneten-Versammlung gemachten Mittheilung, morgen in den Häusern durch die Militairgewalt abgefordert werden.

— Heute gegen Abend wurde auf dem Schloßplatz das Martialgesetz unter Trommelschlag verkündet. Darnach soll Jeder, der sich widersetzlicher Handlungen gegen das Militair schuldig macht, vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

— Dem Vernehmen nach werden noch bedeutende Truppenverstärkungen nach Berlin gezogen; man will durch eine entschiedene Uebermacht einen gewaltsamen Zusammenstoß um so sicherer vermeiden.

— Angermünde, den 14. Nov. (Vormittags.) Nach den Berichten eines um 9 Uhr hier aus Berlin angelangten Reisenden hat sich daselbst das Verhältniß zwischen der Militairgewalt und dem Volk wesentlich noch nicht geändert. — Die Entwaffnung hat auf der Friedrichsstraße begonnen, und muß durch Haussuchungen ins Werk gerichtet werden. Widerstand ist bis jetzt noch immer nicht geleistet worden. — Ein Volksredner ermahnte gestern auf dem Alexanderplatz die versammelte Menge, nur noch 24 Stunden die Ruhe zu bewahren. Dann würde durch „ein allen hörbares Zeichen“ zur gemeinsamen Erhebung gerufen werden; es seien nur noch Nachrichten aus den Provinzen abzuwarten. — Man spricht in Berlin davon, daß einzelne Militairpatrouillen, der Aufforderung ihrer Offiziere, mit gefällten Bajonetten gegen Volkshaufen vorzuschreiten, keine Folge geleistet haben, und ist der Meinung, daß dieser Ungehorsam sehr harten Strafen nicht entgehen werde. — Die Truppen, welche am 10ten in Berlin einrückten, wurden am Sonntag vornehmlich deshalbb aus der Stadt gezogen, weil sie, von den Einwohnern kluger Weise auf das Freundlichste aufgenommen und behandelt, mit dem Wein und Braten, womit sie in sehr vielen Häusern bewirthet wurden, allzuviel Erkenntlichkeit und Dankbarkeit gegen eben die Personen einnahmen, auf die sie vielleicht bald ihre Waffen zu richten befehligt werden konnten. Man will die Subordination so gefährlichen Proben nicht ferner unterworfen sein lassen.

Bückeburg, den 9. Nov. Sowohl hier in Bückeburg, als in Detmold, ist in Folge der Furcht vor der Mediatisirung beider Fürsten eine düstere Stimmung entstanden. Die Bewohner des Fürstenthums Lippe-Detmold haben bereits einen Protest wegen der Mediatisirung, an die Frankfurter Nationalversammlung abgehen lassen, mit dem Bemerken, daß sie, wenn sie doch gegen ihren Willen zur Mediatisirung gezwungen würden, durchaus nicht an Preußen oder an Hannover fallen möchten, sondern dann lieber eine Republik haben wollen; eine ähnliche Petition wird jetzt im Fürstenthum Schaumburg-Lippe in Bückeburg vorbereitet.

— Man geht noch immer mit der Idee um, das Steinhuder Meer, welches größtentheils im Fürstenthum Schaumburg-Lippe liegt, durch einen Canal in die Leine abzulassen, um dadurch viel brauchbares Land zu gewinnen, wodurch dann die durch den berühmten Portugiesischen Feldherrn, Grafen Wilhelm von Bückeburg, gebaute Festung Wilhelmstein zu Grunde gehen würde. Auf dieser kleinen Festung Wilhelmstein befand sich früher eine Kriegsschule, woraus einige sehr bedeutende Offiziere hervorgegangen sind, unter anderen auch der berühmte Preußische General v. Scharnhorst, welcher in der Nähe, im Dorfe Bordenau, bei Wunstorf, im Königreich Hannover, geboren.

Wien, den 10. Novbr. Die allgemeine Aufmerksamkeit wendet sich in diesem Augenblicke wieder nach dem Osten. Jellachich, der mit dem Vortrabe nach Ungarn gezogen war, hatte eine Niederlage erlitten und mit dem Reste seiner Truppen sich zurückziehen müssen. Ein Theil des hier lagernden Militairs ist deshalb abmarschirt, um ihn zu verstärken; der Rest wird, wie man sagt, in den sehr zahlreichen Kasernen untergebracht werden. Unter diesen Umständen wird die Kommandantur nicht lange mehr mit der Reorganisirung der Nationalgarde zögern, und, wenn ich recht unterrichtet bin, wird diese schon am 15. d. M. vorgenommen werden, aber mit der Beschränkung, daß die Leitung einer jeden Kompagnie einem Offizier aus der k. k. Armee übertragen wird. Die hiesige Bürgerschaft scheint indeß wenig geneigt zu sein, unter dieser Bedingung den Nationalgardendienst zu übernehmen, und wenn sie sich beharrlich weigert, darein zu willigen, so wird die Regierung nachgeben müssen, denn sie kann unter den gegenwärtigen Umständen der Bürgerbewaffnung nicht entbehren.

Wien, den 11. Nov. Die heutige Wiener Zeitung giebt Kunde von der an dem Polen Jelowicki vollzogenen Hinrichtung; derselbe war Adjutant des Generals Bem. Es sind aber außerdem gestern und heute wohl mindestens 20 bis 30 Todesurtheile an verschiedenen Orten vollstreckt worden. Die Namen der Verurtheilten sind jedoch bis jetzt noch ein Geheimniß. Man will wissen, daß in den nächsten Tagen der kommenden Woche sämmtliche Protokolle des Kriegsgerichts durch die Wiener Zeitung werden bekannt gemacht werden. Messenhauser soll gestern das Todesurtheil verlesen worden sein. Robert Blum bewies viel Freimuth und Unerschrockenheit beim Verhör und in dem letzten Augenblicke. In dem Abschiedsbriefe, den er eine Stunde vor seinem Tode an seine Gattin richtete, bat er dieselbe, ihre Kinder für die Deutsche Freiheit zu erziehen, für welche er gestorben. Er soll dennoch auf Begnadigung fast bis zum letzten Augenblick gehofft haben. — Das Ministerium ist definitiv zusammengesetzt, und es ist gewiß, daß Graf Stadion zum Minister des Innern ernannt ist, Bach dagegen den Eintritt abgelehnt hat.

Wien, den 12. Nov. Messenhauser, der sich freiwillig gestellt hatte und dem sein Todesurtheil bereits vorgelesen worden war, wird, da ein Befehl aus Olmütz vorerst einen Aufschub erwirkt hatte, wahrscheinlich begnadigt werden, Fröbel, zum Strange verurtheilt, ist vom Fürsten Windischgrätz begnadigt, Füster freigesprochen worden. In den letzten 3 Tagen sind 622 Verhaftete wieder frei gegeben worden. Dafür fanden wieder neue Verhaftungen statt. — Der Reichstag ist bis zum 22. d. verschoben. Er wird dennoch zu Kremsier stattfinden, aber wohl nur für diesmal, da das Verlangen, daß Wien dessen Sitz sein möge, laut und allgemein ausgesprochen werden wird. — Die heute in der Wien. Z. veröffentlichte finanzielle Uebersicht weist ein Defizit von 60 Millionen in einer 11monatlichen Periode nach. Es entstand aus den Einnahmsausfällen vorzüglich in Ungarn und Italien, so wie aus dem vermehrten Militair-Etat, und mußte größtentheils durch Credit gedeckt werden. Consolidiren sich jedoch nur die innern, jetzt kramphaft durchwühlten Verhältnisse der Monarchie, so ist an den Finanzen derselben durchaus nicht zu verzweifeln.

Prag, den 9. Nov. In Kremsier werden die eifrigsten Vorrichtungen zum Reichstage getroffen; 200 Zimmer des großen erzbischöfl. Palastes werden zur Verfügung des Reichstags gestellt; der alte Lebensaal ist für die Sitzungen bestimmt. Kremsier, ½ Stunde von der Eisenbahn entfernt, wird mit Wien und Olmütz durch eine Telegraphen-Zweigbahn verbunden. Für die in Kremsier weilenden Minister werden in Wien Unterstaatssekretäre die Geschäfte führen.

Grätz, den 6. Nov. Heute begannen die Sitzungen des Provinzial-Landtages für Steyermark. Um sich über die Grundzüge der von den unirten Provinzen gewünschten Stellung im Staate zu verständigen, hat der Deputirte Kalchberg einen Entwurf ausgearbeitet und vorgelesen, dessen Grundprinzipien sind: Eintheilung des Gesammtstaates in möglichst gleich große Ländergruppen mit Beibehalt der bisherigen Provinzial-Grenzen. Die Central-Regierung bestände aus dem Monarchen, dem ein Senat mit gleicher Anzahl der Repräsentanten von jeder Gruppe und eine Kammer nach der Volkszahl gewählter Volkvertreter nebst einem Reichsobergerichte zur Seite stehen würde. Diesem obersten Gerichte würden etwaige Schwierigkeiten zwischen der Staatsgewalt und den Ländergruppen und zwischen letzteren unter einander zugewiesen. Die Gruppen behalten Landtage mit einer nach der Volkszahl gewählten Kammer, die auch die Senatoren in den Senat wählt. Der vom Landesfürsten ernannte Statthalter jeder Ländergruppe hätte die Exekutivgewalt und ist verantwortlich. Die Reichsgewalt hätte alle äußeren Staatshoheitsrechte und so viel von dem Innern, als zur Entwickelung der Kraft der Gesammtheit erforderlich ist; die übrigen Hoheitsrechte sollen zwischen der Reichsgewalt und den Repräsentanten der Ländergruppen nach dem Prinzipe der Selbstregierung neben einer kräftigen Centralgewalt getheilt werden.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Neunundneunzigste Sitzung, vom 12. November.

Präsident v. Unruh eröffnet die Sitzung um 2¾ Uhr im Saale des Schützenhauses. Schriftführer Parrisius verliest das Protokoll der gestrigen Nachmittagssitzung, welches nach einigen Bemerkungen angenommen wird. Statt des Abg. v. Enckevort, welcher sich entfernt hat, ist dessen Stellvertreter, Müllermeister Pape sogleich ohne weitere Aufforderung erschienen. (Bravo.) Eben so ist für den kranken Abg. Abegg (Kreuznach) dessen Stellvereteter Neuhaus eingetreten. Der Abg. Müller (Solingen) zeigt an, daß er nicht ausgetreten, sondern nur durch Krankheit verhindert sei, zu erscheinen.

Der Präsident zeigt an, daß seit gestern eine große Anzahl von Adressen an die Nationalversammlung eingegangen ist; dieselben sind ihm zum Theil durch besondere Deputationen überreicht worden. Das bedeutsamste Dokument aber ist eine officielle Mittheilung des Gesammtvorstandes der Versammlung der Abgeordneten beider Meklenburg, welche lautet wie folgt: In der heutigen Sitzung der Abg. beider Meklenburg ist beschlossen worden: Im Namen des Meklenburger Volkes, unter Zusicherung jedes möglichen Beistandes, der constituirenden Nationalversammlung in Berlin zu erklären, daß sie, wie sie gethan, recht gehandelt und Deutschlands Ehre gewahrt habe. (Stürmischer, lange anhaltender Beifall.) Der unterzeichnete Gesammtvorstand der Abgeord. beider Meklenburg ist beauftragt, diesen Beschluß zur Kenntnißnahme der hohen Nationalversammlung zu bringen, und zögert nicht, diesem Auftrage zu entsprechen. Schwerin, den 11. November 1848. Der Gesammtvorstand der Meklenburgischen Abgeordnetenversammlung: Moritz Wiggers, Präsident, Spangenberg, Schriftführer. (Nochmaliges lange anhaltendes Bravo.)

Der Präsident erklärt, es sei kein Zweifel, daß die Versammlung beschlußfähig sei, und er werde daher erst den Namensaufruf bei einer späteren Gelegenheit veranlassen. Der Abg. Elsner verliest hierauf den Bericht der Petitionskommission über die eingegangenen Adressen. Der constitutionelle Clubb zu Magdeburg spricht sich über den betrübenden Eindruck der Ernennung des Ministeriums Brandenburg aus. Der 70. Berliner Bezirk erkennt in der Nationalversammlung den alleinigen legitimen Ausdruck des Volkswillens; jede ihr feindliche Macht ist eine dem Volke feindliche. Die Commission des 14. und 15. Bataillons der Berliner Bürgerwehr und der diesen Bataillons angeschlossenen bewaffneten Kanalarbeiter hat vergangene Nacht beschlossen, der Nationalversammlung ihre besondere Zustimmung zu ihren Beschlüssen wegen der Berliner Bürgerwehr auszudrücken. Kein Mitglied dieser Bataillons werde die Waffe anders ausliefern, als gegen übermächtige Gewalt. Noch sind sehr zahlreiche Adressen eingegangen, von welchen die Petitionskommission noch nicht hat im Einzelnen Kenntniß nehmen können; sie behält sich Mittheilungen aus denselben vor, und giebt heute nur eine Liste derselben. Der Berichterstatter nennt unter andern folgende: Einige Vereine zu Stettin, Grabow, Bredow, Kupfermühle und der Vorort der vorpommerschen Vereine fordern Anklage gegen den Minister v. Brandenburg und Genossen. Der schlesische Hauptrusticalverein, welcher als Organ der ganzen ländlichen Bevölkerung der Provinz Schlesien anzusehen ist, zeigt an, daß er von Stund an so lange alle Steuern verweigern werde, bis die Versammlung anders bestimmt habe. (Lauter Beifall.) Andere Adressen sind eingegangen aus Potsdam, aus Glogau (vom Magistrate), aus Halle, Fürstenwalde, Brandenburg, der Westpriegnitz, Demmin, Schönebeck, Wittenberge, Haynau, Anclam, Sorau, Luckenwalde, Kalbe, Gütersloh, Arnsdorf bei Müncheberg u. s. w., ferner von dem Centralverein sämmtlicher Stadtbezirke Berlins, so wie von vielen einzelnen Bezirken (dem 19., 55., 57., 77. u. s. w.), von dem schlesischen constitutionellen Centralverein, von dem Verein zur Wahrung bäuerlicher Interessen im Kreise Lebus u. s. w.

Die Neuwahl des Präsidiums der Nationalversammlung ist nach dem Reglement vorzunehmen, und die Versammlung beschließt, dieselbe sofort zu vollziehen. Der Namensaufruf ergiebt, daß 248 Abg. gegenwärtig sind. Das Scrutinium ergiebt bei der Präsidentenwahl 245 Stimmen für v. Unruh, 1 für Waldeck, 1 für Grabow, 1 ist ungültig. Es wird v. Unruh mit lange anhaltender stürmischer Acclamation aufs Neue als Präsident proclamirt. Der-

selbe übernimmt den Präsidentenstuhl mit folgenden Worten: In einem solchen Moment werden Sie von mir nicht eine Rede erwarten, wohl aber das Versprechen, daß ich von dieser Stelle, die Sie mir anvertraut, nicht freiwillig weichen werde. (Allgemeiner stürmischer Beifall.) Temme: Wir Alle geloben dasselbe. Hierauf wird das Scrutinium für die Vicepräsidenten vollzogen: das Resultat soll erst später bekannt gemacht werden.

v. Berg stellt folgenden Antrag: die Versammlung wolle beschließen, das Präsidium zu beauftragen, der Meklenburger Abgeordnetenversammlung ihren Dank auszusprechen für ihre Adresse, welche die erste ist, die das Vertrauen der Preußischen Nationalversammlung auf die Vertreter der deutschen Volksstämme rechtfertigt. Den Adressen von Korporationen Preußens haben wir keine besondere Antwort zu ertheilen. Unser alleiniger Dank ist die weitere treue Vertretung ihrer Interessen. Diese Adresse aber geht von einer Versammlung aus, welche mit uns gleichberechtigt ist und in einem geschwisterlichen Verhältnisse zu der unsrigen steht. Wir erblicken in ihr das erste Pfand, daß alle deutschen Stämme mit uns gleichen Sinnes sind in der Begründung der Freiheit und des Rechtes im ganzen großen Vaterlande. (Beifall.) Der Antrag wird mit Acclamation angenommen.

Der Abg. Stiller nimmt seinen Platz in der Versammlung ein. Der Präsident ordnet an, daß ein Theil des Büreaus fortwährend im Sitzungslokal anwesend bleiben solle, um die vielen Deputationen, die aus allen Landestheilen ankommen, hier zu empfangen. Parrisius: In einer Bekanntmachung, welche sich in der Vossischen Zeitung und auch als Plakat an den Straßenecken findet, wird gesagt, daß ein Theil der Versammlung noch nach der Vertagung durch das Ministerium hier zurückgeblieben sei. Es ist dagegen zu sagen, daß eine große Anzahl von Deputirten über die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl den Sitzungen beiwohnen und daß nach den statistischen Notizen in dieser Versammlung bisher nie Beschlüsse mit so großen compacten Majoritäten gefaßt wurden, als in diesen großen historischen Tagen. (Bravo.) Der Präsident schließt die Sitzung bald nach 5 Uhr, nachdem er die nächste auf morgen früh 11 Uhr angesetzt.

Hundertste Sitzung.

In der Nacht des 12. November.

Nach Verkündigung des Belagerungszustandes werden die Abgeordneten am Abende des 12. Nov. zu einer außerordentlichen Sitzung einzeln zusammenberufen. Um $10\frac{1}{2}$ Uhr ergibt der Namensaufruf, daß die zur Beschlußfähigkeit nöthige Zahl von 202 Mitgliedern nach und nach sich eingefunden hat. Es wird das Resultat der Wahl der Vicepräsidenten bekannt gemacht: Waldeck hat 241, Philipps 241, Bornemann 234, Plönnies 219 Stimmen, und sie werden nach dieser Reihefolge proklamirt, nachdem das Loos für Waldeck als ersten Vicepräsidenten entschieden. Ein Antrag von Schulz (Wanzleben) und mehreren Abgeordneten geht dahin: die Versammlung wolle beschließen, daß der durch das Ministerium Brandenburg erklärte Belagerungszustand der Stadt Berlin eine ungesetzliche Handlung und demnach nicht als rechtsgültig zu betrachten ist. — Schulz (Wanzleben): Es bedarf nicht vieler Worte, wo Donnerkeile geschleudert werden müssen gegen diese sich überstürzenden Gesetzverletzungen. Man versetzt eine friedliche Stadt plötzlich in Belagerungszustand, man suspendirt die Grundrechte und ein General decretirt Gesetze im Augenblicke, wo hier noch die gesetzliche Volksvertretung versammelt ist. Der Abg. liest die Wrangel'sche Ordre. — Mehrere Abg. der Rechten beantragen den Zusatz: daß gleichwohl die Bewohner Berlins aufzufordern sind, dem Belagerungszustande keinen thätigen Widerstand entgegenzusetzen. Maaßen: Wir haben den Gewaltthaten des Ministeriums bisher nur gesetzliche Mittel entgegengestellt. Die bewundernswerthe Haltung der Berliner Einwohnerschaft in dieser großen Zeit hat diesem Verfahren zugestimmt. Die Fortsetzung der Gewaltakte könnte sie aber endlich doch zum Aeußersten treiben. Provociren wir kein Blutvergießen. Schulze, (Delitzsch): Das Ministerium Brandenburg lebt von der Ungesetzlichkeit; es ist aus ihr entsprungen, jeder seiner Schritte ist damit bezeichnet, es wird in ihr untergehen. Versinkende machen nur um so heftigere Bewegungen, und so wird das Ministerium seine Gewaltthaten in einem Grade und mit einer Schnelligkeit steigern, daß wir nicht mehr die Zeit finden werden, gegen Alles ausdrücklich uns zu erklären. Diese Erklärung ist auch über einen solchen Belagerungszustand gar nicht erst nöthig. Wachsmuth: Wir müssen im Gegentheile protestiren, so lange wir noch athmen. Nur wir sind hier befugt, Gesetze zu geben, nicht der General Wrangel. Jung: Die Berliner Bevölkerung hat sich so gezeigt, daß wir nicht nöthig haben, ihr Lehren zu ertheilen. Der Widerstand ist heute berechtigt in jeder Form, und es ist nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, welche Form vorzuziehen ist. Wir haben nicht zu den Waffen zu rufen, aber auch nicht von den Waffen abzumahnen. (Bravo.) Ploennies: Es ist uns von mehreren Seiten zu erkennen gegeben, daß die hohe Besonnenheit, welche das Volk von Berlin in diesen Tagen gezeigt, keiner Aufmunterung bedürfe. In dieser Anerkennung ziehen wir unser Amendement zurück. (Bravo.) Der ursprüngliche Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Ein anderer Antrag vieler Abg. geht dahin: Die Versammlung wolle erklären, daß das Ministerium zu Verwendung von Staatsgeldern und Erhebung von Steuern nicht mehr berechtigt ist. Ploennies bemerkt, daß die für diesen Antrag eingesetzte Kommission noch nicht ihren Bericht abgestattet habe. Wir wissen heute nicht, ob wir noch einmal zusammen kommen können. Ergreifen wir daher jetzt das letzte Mittel des passiven Widerstandes. Wir müssen diesem Ministerium endlich das letzte Mittel der Existenz entziehen. Harassowitz erklärt sich entschieden gegen den Antrag: man schleudere nicht die Brandfakkel in das Land. Mag die Regierung dies allein thun. v. Kirchmann bemerkt, daß die Kommission bereits versammelt gewesen ist und ihn zum Berichterstatter ernannt hat. Er kann diesen Bericht jetzt jedoch nur mündlich erstatten. Eine sehr gründliche Erörterung fand in der Kommission über den Rechtspunkt statt. Hier war die Kommission nicht zweifelhaft, daß der Nationalversammlung das Recht der Steuerverweigerung vollkommen zustehe. Der Abg. erweist dies aus einer gründlichen Erörterung des Rechtes aller konstitutionellen Länder und der Gesetze und selbst Regierungsvorlagen seit dem 19. März. Die Versammlung hat nicht nur das Recht, die Steuern zu bewilligen; sie kann auch die laufenden Steuern sistiren. Es liegt nun nahe, dies unzweifelhaft feststehende Recht zu gebrauchen, wenn eine Regierung die ganze Grundlage des Staates völlig umstößt. Dennoch hat die Kommission gerade aus politischen Gründen die Frage verneint, ob die Steuerverweigerung schon jetzt zweckmäßig sei. Sie ging hierbei von der Ansicht aus, daß die Folgen gar nicht das Ministerium Brandenburg, sondern andere Schuldlose treffen würden. Wer die jetzige Finanzverwaltung kennt, weiß, daß die Regierung noch für einige Wochen oder Monate mit den nöthigen Mitteln versehen ist. Für den November sind die Steuern bereits erhoben und der Kassenbestand deckt alle Ausgaben bis zum Ende des Jahres. So würden also nicht dem jetzigen Ministerium, sondern erst einem späteren volksthümlichen, welches von uns vielleicht mit Blut erkämpft werden muß, die Mittel der Existenz fehlen. Ferner würden die Beamten unendlich leiden, deren Gehalt zunächst aus den einzelnen Kassen entnommen wird. Die Verwaltung würde durch diese Maaßregel endlich ins Stocken gerathen, und ebenso das Gerichtswesen. Damit aber würde hauptsächlich das Land selbst geschlagen. Die Städte würden ebenfalls zugleich wesentliche Ausfälle in ihren Einnahmen erleiden, und dies bis auf das Armenwesen zurückwirken. Ferner würde ein gefährliches Beispiel für das Land aufgestellt; wir würden statt edler Antriebe das Motiv des Eigennutzes in Bewegung setzen, und das Land würde in völlige Anarchie gestürzt. Die Versammlung wird auch in dieser Nacht wieder die Besonnenheit festhalten, und dies um so mehr, je größer die Unbesonnenheit, je erbitterter die Verzweiflung ist, mit welcher unsere Gegner uns zu heftigen Gegenmaßregeln hinreißen wollen. Dies hat uns auf unsere jetzige Höhe gehoben, und gehen wir fort auf diesem Wege, so werden wir uns ein Denkmal für die Ewigkeit setzen. D'Ester bringt hiergegen einen Antrag der Minorität der Kommission ein, wonach die Versammlung in der Gewißheit ihrer vollen Berechtigung und in Erwägung, daß das Ministerium Brandenburg nicht nur das konstitutionelle Prinzip verletzt, sondern Schritte zum Umsturz des ganzen jetzigen Rechtszustandes gethan hat, die weitere Erhebung von Steuern durch dasselbe verweigert. — Gegen Anarchie von oben bleibe einer konstituirenden Versammlung nur dies eine Mittel. Temme: Die Kommission hat den Rechtspunkt vollständig erörtert, aber ganz abweichend denke ich über die politische Seite. Für die Fortführung der Verwaltung ist nach der Meinung der Kommission selbst noch Geld genug in den Kassen vorhanden. Nur die Ausgaben für das Heer wären nicht zu bestreiten, für das Heer, welches jetzt theils zu Reichsexekutionen, theils gegen eigene Freiheit gemißbraucht wird. Man würde diese 45,000 Mann dann nicht mehr zusammenhalten können, welche man hier concentrirt hat, um den Brudermord in die Mauern dieser Stadt zu verpflanzen. Man spricht von Anarchie, von Demoralisation des Volkes durch die Steuerverweigerung. Man klage diejenigen an, welche jetzt die Gesetzlosigkeit in das Land werfen: wir können sie nicht größer machen. Schulz (Minden) bittet, den Antrag zurückzuziehen, weil seine Freunde von der Rechten der Abstimmung über denselben nicht würden beiwohnen können. Bredt: der Geist der Einheit wird auch in dieser Stunde ausharren. Die Maßregel würde nur gegen das Land selbst zurückschlagen. Das Recht ist in allen konstitutionellen Ländern anerkannt, ohne ausgeübt zu werden. Man darf dem Staate nicht die Kräfte rauben, von denen er existirt. Man treffe den Despotismus nur mit dem Schwerte des Wortes und Geistes. Wir werden die Freiheit retten ohne dies Mittel. Es wird noch folgende motivirte Tagesordnung vorgeschlagen: 1) In Erwägung, daß die Versammlung das Ministerium bereits für unfähig zur Regierung des Landes erklärt hat, 2) in Erwägung, daß das Land die nöthigen Mittel selbst finden werde, geht die Versammlung zur Tagesordnung über. Der Antrag wird zurückgezogen, dagegen ein anderer auf Vertagung der Debatte, bis der Bericht der Commission schriftlich eingereicht sei, angenommen.

Zachariä stellt folgenden Antrag: Die Versammlung beschließt: die Stellvertreter in Wahlkreisen, deren Abgeordnete selbst jetzt hier sind, sind nicht befugt, auf Berufung der Regierung in Brandenburg oder irgend einem andern Orte zu erscheinen. Der Antragsteller setzt hinzu, es sei nicht wahrscheinlich, daß irgend ein Stellvertreter so gewissenlos sein werde, sich an ihren Platz drängen zu wollen. Aber man müsse zum Voraus alle etwa zu fassenden Beschlüsse für ungültig und gesetzwidrig erklären. Der Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Ein Antrag von Blöm und vielen andern Abg. geht dahin: die Versammlung wolle beschließen: Der Präsident ist ermächtigt, die Versammlung, sobald sie durch Gewalt am Zusammentritt in Berlin gehindert ist, durch Einladungsschreiben an einen andern Ort zu berufen. Blöm schlägt folgenden Zusatz vor: hinter Präsident: und in seiner Verhinderung der erste Vicepräsident und so fort bis zum vierten Vicepräsidenten. Der Zusatz, bemerkt er, bedarf keiner Begründung. Die rohe Gewalt scheut kein Mittel; sie wird endlich auch nicht davor zurückschrecken, in der Person des Präsidenten die ganze Versammlung anzutasten. Wir müssen die Gewalt zwingen, immer weiter zu gehen, wenn sie nicht zurückgehen will. (Bravo.) Der Antrag wird nebst dem Zusatze mit großer Majorität angenommen.

Antrag von Berends, Wollheim und Andern: Die Versammlung wolle der Bevölkerung Berlins für die würdige, treue und entschiedene Haltung, welche sie in diesen Tagen beobachtet, ihre Anerkennung aussprechen. Die ganze Versammlung erhebt sich einstimmig unter lauter wiederholter Acclamation.

Grün, Schramm (Langensalza) und d'Ester beantragen eine Proklamation an das Heer, worin dasselbe ermahnt wird, sich nicht als blindes Werkzeug der Willkühr und des Bruches der Gesetze mißbrauchen zu lassen. Die Nationalversammlung vertrete das gesammte Volk und auch das Heer, welches ja an den Wahlen Theil genommen. Nicht die Versammlung, sondern die Regierung habe die Verfassung gebrochen. Plönnies: Man soll nicht den Widerspruch zwischen Pflicht und Menschlichkeit in der Brust des Soldaten wecken. Ziegler: Die Disciplin ist die Mutter der Siege, ist sie auch jetzt Mittel in falschen Händen. Wir dürfen nichts thun, um ihre Banden zu lösen. Die Mitglieder der Linken geben zuletzt den Antrag auf, um die Einheit der Versammlung nicht zu stören, worüber der Präsident seine Befriedigung kund giebt. Waldeck bemerkt jedoch, daß, obwohl der Antrag nun zurückgezogen sei, er doch auf das Entschiedenste gegen das protestiren müsse, was hier über Disciplin gesagt worden sei. Es ist nicht die Pflicht des Soldaten, Befehlen zu gehorchen, welche Gesetz und Verfassung über den Haufen werfen; es ist vielmehr dann ihre Pflicht, nicht zu gehorchen. Es ist furchtbar, wenn solche Grundsätze sogar hier noch proklamirt werden. (Lauter Beifall.) Das Protokoll der Sitzung wird hierauf sofort verlesen und angenommen und die Sitzung nach $12\frac{1}{2}$ Uhr Mitternacht geschlossen.

Einhundert und erste Sitzung,

vom 13. November.

Der Präsident eröffnet die Sitzung nach 12 Uhr Mittags. Der Abg. Mewes kommt von einer Urlaubreise zurück. Die Stellvertreter Glück von Frank-

furt für v. Auerswald und Thielemann für v. Brünneck melden sich zum Eintritt. (Bravo.) Die Commission zur Entwerfung einer offiziellen Denkschrift, welche die Schuld des Ministeriums Brandenburg dem Lande darlegt, hat ihre Arbeit vollendet. Berichterstatter Waldeck trägt dieselbe vor: Die Denkschrift legt in 11 Punkten die Akte des Ministeriums Brandenburg dar, in welchen es sich eines Bruches der Gesetze und der Verfassung schuldig gemacht hat. Trotz des in einer Adresse an den König fast einmüthig ausgesprochenen Mißtrauens der Nationalversammlung wagte Graf Brandenburg, ein Ministerrium zu bilden. Sein erstes Erscheinen in der Versammlung war von einer schweren Verfassungsverletzung begleitet. Er kündigte die Vertagung der Versamlung und ihre Verlegung nach Brandenburg an; diese hat das Mandat, in Gemeinschaft mit der Krone eine Verfassung festzustellen, ein Mandat, in dessen Ausführung sie gelähmt und gehindert wird, wenn sie beliebig zeitweise aufgehoben und an andere Orte entfernt werden kann. Daran schloß sich eine Reihe weiterer Gewaltstreiche. Es erkühnte sich der Graf Brandenburg in der Versammlung selbst, die Fortsetzung ihrer Berathungen für ungesetzlich und ihre Beschlüsse für nichtig zu erklären. In einem Schreiben au den Präsidenten v. Unruh äußerte er: er kenne keine Nationalversammlung und keinen Präsidenten derselben mehr. Dies Verfahren setzte er auch auf thatsächliche Weise fort, indem er der Versammlung die Beamten des Büreaus entzog. Es folgte ein Erlaß an den Bürgerwehr-Commandeur Rimpler, die Bürgerwehr solle den Abgeordneten den Eintritt in den Sitzungs-Saal verwehren. Als dieser dies verweigerte, wurde eine große Masse von Militair in die Stadt gezogen. Eine Bekanntmachung des Polizei-Präsidenten drohte mit Einschreiten desselben gegen die National-Versammlung. Der General von Wrangel kündigte ausdrücklich die zwangsweise Zurückhaltung der Abg. an. Die Nationalversammlung begab sich am andern Morgen wieder hin; sie fand das Lokal militärisch besetzt. Die Archive wurden ohne alle Aufsicht gelassen. Eine Königliche Proklamation bezeichnet die von der Nationalversammlung fast einstimmig gefaßten Beschlüsse als nur von einem Theile gefaßt und ungesetzlich. Endlich ist die Auflösung der Berliner Bürgerwehr erfolgt, weil sie sich geweigert hat, gegen ihre Pflicht zu handeln, denn diese war, die Veesammlung zu schützen. Während die Bevölkerung Berlins zwar mit tiefer Entrüstung, aber in friedlicher Haltung zusah, bemächtigten sich die Truppen gewaltsam der Wachen und verletzten so die gesetzlichen Rechte der Bürgerwehr. Dennoch dauerte die vollkommenste Ruhe fort; nirgends wurde ein Exceß begangen, nirgends fand ein Conflikt mit dem Militär statt. Da erklärte das Militär den Belagerungszustand, und der General hob feierlich durch das Gesetz gewährleistete Grundrechte des preuß. Volkes, die der freien Presse und Association, auf. Diese Maaßregel ist die Krone der Attentate gegen die blutig errungene Freiheit. Die Verfassung ist verletzt, die Nationalversammlung schwer bedroht. Die ganze Reihe dieser Akte begründet das Verbrechen des Hochverraths, des gewaltsamen Umsturzes der Verfassung. — Im Uebrigen war die Commission der Meinung, daß man eine förmliche Anklage vor den Gerichten unter den jetzigen Umständen wegen fehlender Organe noch aufschieben solle.

Moritz: Ich erkläre mich gegen den Schluß des Kommissionsberichts. Die Organe, die Minister zur Strafe zu ziehen, sind vorhanden. Sie gehören vor die gewöhnlichen Gerichte. (Lauter Beifall). Waldeck erklärt, daß er seinerseits nichts dagegen einzuwenden habe, die Denkschrift dem Staatsanwalt mitzutheilen. Hierauf wird die Denkschrift einstimmig angenommen und ihre Veröffentlichung beschlossen. Eben so ein Zusatzantrag von Bucher und Moritz: Die Denkschrift dem Staatsanwalt mitzutheilen, damit er seine Pflicht thue. (Stürmische Acclamation). Es wird hierauf der Namensaufruf vorgenommen, welcher 239 gegenwärtige Deputirte ergiebt.

Ein Abgeordneter theilt eine telegraphische Depesche des Ministers des Innern nach Breslau vom vergangenen Freitage mit. Sie lautet: Die zurückgebliebenen Abgeordneten haben auf wiederholte Aufforderung den Sitzungssaal verlassen (man ruft: Lüge, schaamlose Lüge), und Berlin ist ruhig. Der Präsident: Es ist durch Protokoll constatirt, daß wir nur der Gewalt gewichen sind.

Elsner verliest im Auftrage der Petitionskommission den weiteren Bericht über die eingegangenen Adressen. Außer den schon gestern kurz angemeldeten 37 sind noch so viele eingegangen, daß Auszüge aus ihnen unmöglich werden. Der Berichterstatter nennt Adressen aus Halle, Liegnitz, Neustadt-Eberswalde, Königsberg in der Neumark, Stettin, Brandenburg, Belgard, Neuzelle, Düsseldorf (mit mehreren 1000 Unterschriften), Bernau, Luckau, Frankfurt, Landsberg, Torgau, ferner von sämmtlichen Clubs und Vereinen in Breslau und vielen noch nicht erwähnten in Berlin. Alle Adressen drücken den gleichen Geist der Freiheit und Vaterlandsliebe aus; Beide sind eins, denn nur der Freie hat ein Vaterland.

Man werde die Freiheit sich jetzt nicht rauben lassen, selbst nicht unter dem Versprechen, sie später geschenkt zurückzuerhalten. (Bravo.) Der Abscheu gegen den neuen Anfang der Tyrannei wird in der kräftigsten Sprache kund gegeben. Ein Major a. D. v. Nordeck stellt sich zur unbedingten Disposition. Selbst viele hundert Bürger Brandenburgs sprechen sich entschieden und mit tiefer Entrüstung gegen die beabsichtigte Verlegung aus. (Bravo.) Der Berichterstatter liest Adressen des Magistrats von Glogau, des Magistrats und der Stadtverordneten von Breslau, Brieg, Liegnitz und Torgau ihrem ganzen Inhalte nach vor. Die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung erkennt in der Nationalversammlung während des Konflikts mit der Krone den einzigen beschließenden und gesetzgebenden Körper. Köhler reicht noch eine Adresse mit vielen Unterschriften aus Görlitz, Ludwig aus Mühlhausen ein. Gierke zeigt an, daß gestern auf der Stettiner Börse eine große Versammlung aus allen Ständen stattgefunden hat. Sie schickte eine Deputation her, der sich 5 bis 800 Begleiter freiwillig anschloffen; in Bernau wurden sie aber sämmtlich von Kavallerie festgehalten (Zeichen der Entrüstung), und so sind sie hier zu erscheinen gehindert. — Dierschke erwähnt als Nachtrag zu der vorhin erwähnten telegraphischen Depesche noch, daß am Freitag das Sitzungslokal nicht bloß mit Truppen, sondern auch mit geladenen Kanonen umgeben gewesen ist, und daß die Soldaten Sonnabend früh aus den Fenstern auf die ankommenden Abgeorbneten angelegt. Parrisius berichtigt dies; die Soldaten haben geladen gehabt, aber noch nicht angelegt; man möge das Lügen den Ministern allein überlassen; dies sei ihre wahre Sphäre.

Jacoby nnd Phillips beantragen, man möge die Berichte über die eingehenden Adressen täglich offiziell dem Ministerium mittheilen. Es wird dies motivirt durch die Königliche Proklamation aus Sanssouci; diese wird vorgelesen. Sie enthält eine Appellation gegen die sogenannte Umsturzpartei an das Land. Die eingehenden Adressen sind die Antwort des Landes auf diese von Potsdam ausgegangene Appellation. Es ist zu wünschen, daß sie dem Ministerium offiziell zukommen, damit es sich bei einer einstigen Anklage nicht mit einer angeblichen Unkenntniß der Lage des Landes entschuldige. Bredt gegen den Antrag: Man habe nichts mehr zu thun mit einem heute in Anklagezustand versetzten Ministerium. Behnsch, Phillips und Jacoby ziehen den Antrag zurück.

Fischer (Münster) stellt den Antrag: Die Versammlung wolle beschließen, die deutsche National-Versammlung in Frankfurt an ihre Pflicht zu erinnern, das deutsche Volk gegen die gewaltsame Verletzung seiner Verfassung zu sichern. — Der Antrag findet nicht die nöthige Unterstützung. (Bravo.) Plönnies: Ich habe nicht unterstützt, weil die Frankfurter Versammlung von selbst wissen wird, was sie zu thun hat. Parrisius: Wir selbst sind stark genug, unsre Sache durchzuführen. (Bravo.) Pilet berichtet, daß er heute früh in dem früheren Sitzungslokal gewesen, um dort einige früher von ihm vergessene Bücher zu holen. Er habe dasselbe von Soldaten erfüllt, und das wichtige Archiv der Versammlung ganz offen und schutzlos der Willkür derselben Preis gegeben gefunden. Man habe ihn seine Bücher ruhig wegnehmen lassen, da niemand ihnen etwas übergeben habe. Dieser Umstand ist von höchster Wichtigkeit, denn hätte das Ministerium wirklich die aufrichtige Absicht gehabt, die Versammlung wirklich in Brandenburg wieder zu eröffnen und sei die ganze Verlegung nicht bloße Maske gewesen, so hätte es wenigstens für Aufbewahrung des Archivs sorgen müssen. (Jawohl). Der Präsident bemerkt, daß er den Minister von Manteuffel noch besonders darauf habe aufmerksam machen lassen; dieser habe aber mündlich abschlägliche Antwort ertheilt. (Pfui). — Ueber die Neuwahl des Präsidenten und der Vice-Präsidenten habe er dem Könige pflichtmäßig Meldung gemacht.

Es werden noch Adressen aus Wolmirstädt und Bunzlau überreicht. Hierauf wird die Wahl eines Sekretärs und zweier Stellvertreter vorgenommen. Berends bemerkt, es gehe das Gerücht, der Saal solle heute durch Soldaten occupirt werden, man möge daher zusammenbleiben. Der Präsident spricht Vertagung bis Morgen früh 11 Uhr aus, doch werden einige Mitglieder des Büreaus zurückbleiben, und, wenn es irgendwie nöthig wird, sofort die Zusammenberufung der Abg. veranlassen. Hierauf wird die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Wie viel Honorar erhält der Stadtverordneten-Vorsteher in Schrimm als Armen-Arzt?

Ein Bürger aus Schrimm.

(Eingesandt.)

Der Harfen-Virtuose Herr Elwart ist hier eingetroffen und beabsichtigt bei seiner Durchreise ein Concert zu geben. Wir sind überzeugt, daß seine Leistungen das Publikum in hohem Grade befriedigen werden. Er hat bereits vor Mehmed Ali und dem Türkischen Sultan gespielt, am Kaukasus und in Sibirien, Spanien, England, Klein-Asien, und Algier Concerte gegeben. Wir erwarten daher, daß die lebendigen Eindrücke, welche er vorzüglich vom Orient in sich aufgenommen, auch einen wesentlichen Einfluß auf die Originalität seiner Kompositionen geübt haben.

Cholera.

Posen, den 15. November. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 3 Personen, gestorben 3.

Marktbericht. Posen, den 15. November.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 25 Sgr. 7 Pf., auch 2 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf.; Roggen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rtlr. 28 Sg. 11 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch — Rtl. 28 Sgr. 11 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rtlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Erbsen 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 7 Sgr. 1 Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; Heu zu 110 Pfd. 20 Sgr. — Pf. auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr. — Sgr., auch 4 Rtl. 10 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 25 Sgr., auch 2 Rthlr.

Posen, den 15. November. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $12\frac{1}{2}$ — $12\frac{5}{6}$ Rthlr.

An Beiträgen zur Deutschen Marine sind bei dem Posener Landschutzvereine ferner eingekommen: 56) aus Refier: G. Spitzer und Christoph Busse zu 5 sgr., 11 Mitglieder zu 1 sgr., in Summa 21 sgr.; 57) aus Kiszkowo: Schneider, Steinke, Schmalz und Neumann zu 15 sgr., 6 andere Vereinsmitglieder zu 5 sgr., $2\frac{1}{2}$ sgr. und 1 sgr., Hüske und Krüger aus Brudzewko zu 10 sgr., Pfeiffer zu 5 sgr. und 1 sgr., Summa 3 Rthlr. 19 sgr. 6 pf.; 58) aus Niedarzyn: Mich. Kauß 5 sgr., 3 andere Wirthe zu $2\frac{1}{2}$ sgr., Summa $12\frac{1}{2}$ sgr.; 59) aus Wegorszewo-Haul. 3 Wirthe zu 5 sgr., 2 Einlieger zu 1 sgr., Summa 17 sgr.; 60) aus Karczewo Dorf und Hauland: Mittelstädt 1 Rtlr., 5 Wirthe zu 5 sgr., 7 Wirthe und der Schäfer zu $2\frac{1}{2}$ sgr., 2 Wirthe zu $4\frac{1}{2}$ sgr., 2 Einlieger zu 1 sgr., Summa 2 Rthlr. 29 sgr. 6 pf. Ueberhaupt bis jetzt 287 Rthlr. 20 sgr. 6 pf. und 1 Silberrubel.

(Fortsetzung folgt.)
